

72. Sitzung

am Dienstag, dem 18. Juli 2006, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	5581	Gesetzentwurf der Staatsregierung Bayerisches Gesetz zur nachhaltigen Entwicklung der Agrarwirtschaft und des ländlichen Raumes (Bayerisches Agrarwirtschaftsgesetz – BayAgrarWiG) (Drs. 15/6052) – Erste Lesung –
Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten Xaver Schleich	5581	Staatsminister Josef Miller 5599, 5603 Heidi Lück (SPD) 5600 Helmut Brunner (CSU) 5601 Adi Sprinkart (GRÜNE) 5602
Geburtstagswünsche für den Abgeordneten Walter Nadler	5581	Verweisung in den Landwirtschaftsausschuss 5603
Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Antrag der SPD-Fraktion „ Bayern, Land der Bildungungerechtigkeit? “		Abstimmung über Anträge etc. , die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage)
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)	5581	Beschluss 5603
Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU)	5583	
Simone Tolle (GRÜNE)	5585	
Karin Pranghofer (SPD)	5586	
Georg Stahl (CSU)	5587	
Angelika Weikert (SPD)	5589	
Reserl Sem (CSU)	5590	Schluss der Sitzung 5603
Reinhold Strobl (SPD)	5591	
Renate Dodell (CSU)	5592	
Dr. Simone Strohmayer (SPD)	5593	
Dr. Ludwig Spaenle (CSU)	5595	
Staatssekretär Karl Freller	5596	
Staatsminister Dr. Thomas Goppel	5597	

(Beginn: 15.02 Uhr)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 72. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Ich bitte Sie, vor Beginn der Sitzung eines ehemaligen Kollegen zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 12. Juli verstarb Xaver Schleich im Alter von 85 Jahren. Er war im Jahr 1978 Mitglied des Bayerischen Landtags für die Fraktion der CSU. Das war eine verhältnismäßig kurze Zeit. Xaver Schleich war von den Erfahrungen der Kriegsgeneration und der Gefangenschaft und vom Einsatz für den Wiederaufbau geprägt. Im Parlament hat er seine Erfahrungen als Landwirt eingebracht, sein bürgerschaftliches Engagement als Kommunalpolitiker und seine Erfahrungen in der Landjugendarbeit. Der Bayerische Landtag wird dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren. – Ich danke Ihnen.

Ich darf einen nachträglichen Glückwunsch aussprechen. Gestern feierte Kollege Walter Nadler einen runden Geburtstag. – Soeben kommt er in den Saal. Herr Kollege Nadler, alles Gute und Gratulation im Namen des ganzen Hauses.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion der SPD vorschlagsberechtigt. Die Aktuelle Stunde hat das Thema: „**Bayern, Land der Bildungsgerechtigkeit?**“. Die Modalitäten sind allen bekannt. Grundsätzlich hat jeder Redner einer Fraktion fünf Minuten Redezeit, zehn Minuten Redezeit, sofern dies beantragt wird. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung für mehr als zehn Minuten das Wort, erhält eine Fraktion auf Antrag eines ihrer Mitglieder zusätzlich fünf Minuten Redezeit. Ich bitte, das Signal für die Redezeit zu beachten. – Die erste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst zwei Vorbemerkungen zum heutigen Thema machen.

Erstens. Wir erkennen durchaus an, dass Sie, Herr Staatssekretär, mit der Vorstellung des Bildungsberichts 2006 im Bayerischen Landtag eine offene Berichterstattung gewählt haben. Das ist bemerkenswert. Das war nicht immer so. Oft wurde vieles verheimlicht. Das ist anders geworden. Das ist in der Tat ein anerkennenswerter Richtungswechsel. Wir danken Ihnen dafür, dass Sie in diesem Bericht ungeschönt die Probleme benannt haben. Ich werte diesen Bericht auch als Hilferuf an Ihre eigene Fraktion, Herr Staatssekretär; denn ich bin der Meinung, dass alle Dinge, die Sie hier benennen – das sagen Sie selber –, eine grundsätzliche Herausforderung

an die Bildungspolitik in Bayern darstellen. Das ist im Ausschuss so gesagt worden. Das ist wahr. Hoffentlich sieht das auch Ihre Fraktion, sehen das vor allen Dingen die Kassenwarte Ihrer Fraktion so; denn wenn man alle Probleme, auf die ich noch zu sprechen komme, beheben möchte, dann muss man die Bildungsfinanzierung ändern und die Mittel erhöhen. Ich gehe davon aus, dass genau das das Signal ist, das vom Kultusministerium an die CSU-Fraktion ausgesendet wird.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Ich hoffe, dass die CSU-Fraktion aus ihrem bildungspolitischen Dornröschenschlaf aufwacht und endlich erkennt, welche Probleme wir in diesem Land haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine zweite Vorbemerkung: Der Bildungsbericht 2006 bestätigt die Haltung der Opposition, er bestätigt die Haltung der SPD-Fraktion. Seit Jahren bemängeln wir genau die Probleme in diesem Hause. Nur, bisher hat es Sie nicht die Bohne interessiert, was wir gesagt haben. Jeder Antrag von uns wurde grundsätzlich niedergebügelt. Erstmals benennt ein von Ihnen erstellter Bildungsbericht exakt dieselben Probleme, die wir seit Jahren aufzeigen. Seit Jahren hören wir: Wir sind die Besten, wir sind die Größten, Pisa gibt uns Recht.

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU))

– Da brauchen Sie nicht zu klatschen. – Dieser Bericht spricht eine andere Sprache, egal ob Sie auf Pisa verweisen oder nicht. Jetzt können Sie klatschen.

(Beifall bei der SPD)

Das relativ gute Abschneiden – das will ich Ihnen, Herr Waschler, gerne bestätigen – bei der Pisa-Studie täuscht doch in keiner Weise über die Probleme hinweg, die wir in Bayern haben. Das macht dieser Bildungsbericht ganz besonders deutlich. Deswegen würde ich Ihnen gerne einen Rat geben: Vergessen Sie die Diskussion über das relativ gute Abschneiden bei Pisa. Schauen Sie endlich auf Ihre Schulen vor Ort. Wenn Sie auf Ihre Schulen vor Ort schauen, dann stellen Sie fest, dass da einiges im Argen liegt. Das wurde durch den Bericht eindeutig bestätigt.

Bayern macht eine schlechte Integrationspolitik, obwohl immer wieder davon geredet wird, dass Handlungsbedarf besteht. Kinder aus Migrationsfamilien sind in bayerischen Schulen schwer benachteiligt. Das hat der Bildungsbericht eindeutig bestätigt. Wenn Sie nicht umkehren, dann werden Sie in Zukunft ein viel größeres soziales Problem als heute haben. Dafür sind Sie verantwortlich.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Nur 25 % der Hauptschulabsolventen haben einen unmittelbaren Anschluss an eine berufliche Ausbildung. Das ist eine Bankrotterklärung Ihrer Schulpolitik. Nehmen Sie das zur Kenntnis.

(Beifall bei der SPD)

75 % haben keinen Ausbildungsplatz, wenn sie die Hauptschule verlassen. Wollen Sie endlich einmal darüber nachdenken, wie man diese dramatische Zahl reduzieren könnte? Dieses Problem wird Sie einholen. Mit dieser Menge an jungen Leuten ohne Ausbildung schaffen Sie in der Zukunft ein Problem, das Sie heute noch gar nicht abschätzen können. Das grundsätzliche Fazit ist doch ganz klar: Das bayerische Bildungswesen ist in Beton gegossen, und Sie sind reformunfähig. Sie haben die letzten Jahre schlichtweg geschlafen,

(Beifall bei der SPD)

bei den Fragen unserer Zeit, bei der Integrationspolitik in den Schulen, bei der Frage der Bildungsgerechtigkeit und bei vielen anderen Fragen mehr. Dazu komme ich noch.

Ich möchte zum Übertrittsverhalten in weiterführende Schulen ein paar Sätze sagen. Das Übertrittsverhalten im zehnten Lebensjahr, nach der Grundschule, unterscheidet sich ganz eindeutig nach regionaler Herkunft, nach Geschlecht, Nationalität und nach dem Einkommen der Eltern. Das können Sie seit dieser Bildungsberichterstattung in diesem Haus nicht mehr wegleugnen. Das heißt im Klartext: Bildung hängt in Bayern vom Geldbeutel der Eltern ab. Bildung hängt in Bayern vom Wohnort ab, und Bildung hängt in Bayern von der Nationalität ab. Das sind, zusammengefasst, die Ergebnisse aus diesem Bildungsbericht, über den wir heute diskutieren.

Ich sage Ihnen noch etwas anderes: Das ist von Ihnen auch so gewollt.

(Engelbert Kupka (CSU): Nein! Von mir nicht!)

– Lieber Herr Kupka, von Ihnen vielleicht nicht, aber von der Mehrheit Ihrer Fraktion. Wahrscheinlich haben Sie sich da nicht durchsetzen können.

(Engelbert Kupka (CSU): Das war gut!)

Ich darf aus einem internen Strategiepapier der CSU zitieren.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Jetzt wird es spannend!)

– Ja, jetzt wird es spannend. Da steht drin: „Bei Einführung – –

(Joachim Herrmann (CSU): Kenne ich das schon, Herr Pfaffmann?)

– Das weiß ich nicht, ob Sie da schon aktuell waren, Herr Herrmann. Ich lese es Ihnen vor, dann wissen Sie es. Bei

der Einführung der R 6, Kolleginnen und Kollegen, wurde zu Papier gebracht:

Die R 6 wird einen deutlichen Rückgang für die Hauptschule bedeuten.

Das zum Thema – ich kann es Ihnen zeigen –: Der Hauptschule wird nichts passieren, wenn Sie die R 6 einführen. Das können wir nachweisen.

Ich zitiere einen weiteren Satz:

Es kommt deswegen, weil die Schülerzahlen bei den Hauptschulen zurückgehen werden, insbesondere darauf an, dass die verschärften Übertrittsbedingungen politisch gehalten werden.

Das steht in Ihrem internen Strategiepapier. Das heißt, Ihnen geht es nicht um die Zukunftschancen der Kinder und auch nicht um eine individuelle Förderung, sondern es geht Ihnen darum, die Schülerströme zu lenken.

(Engelbert Kupka (CSU): In die richtigen Bahnen zu lenken!)

Da frage ich Sie schon: Was hat das mit Zukunftschancen der Kinder zu tun? – Das zum Ersten.

Zum Zweiten: Ausländische Kinder haben beim Übertritt an das achtjährige Gymnasium oder die R 6 deutlich weniger Chancen als andere. Ausländische oder Kinder mit Migrationshintergrund gehen hauptsächlich in die Hauptschulen. 20 % der R 6-Anfänger stammen aus der Hauptschule; das ist richtig. Aber die meisten Schulartwechsler innerhalb der Schularten, die wir haben, gehen von der R 6 in die Hauptschule und vom G 8 in die R 6. Da ist der Nachweis erbracht: Ihre Schule ist ein Weg nach unten

(Beifall bei der SPD)

und nicht ein Weg der individuellen Förderung, meine Damen und Herren. Darum kommen Sie nicht herum.

Wollen Sie sich nicht endlich einmal die Frage stellen, ob die Qualität der Übertrittskriterien im zehnten Lebensjahr gut oder schlecht ist angesichts der Tatsache, dass nahezu 40 % der Schülerinnen und Schüler, die in ein Gymnasium gehen, das Ziel Abitur nicht erreichen, oder dass 30 % der Schüler, die in eine Realschule gehen, das Ziel Mittlere Reife nicht erreichen? Wollen Sie endlich einmal darüber nachdenken? – Das wäre gut im Interesse der Kinder und der Zukunft und der Chancengleichheit überhaupt.

Wir müssen – und ich hoffe, Sie kommen zu ähnlichen Ergebnissen – endlich die Rahmenbedingungen für die individuelle Förderung der Kinder in der Grundschule verbessern. Was machen Sie? – Sie schaffen Kombiklassen, anstatt die Förderung zu verbessern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau!)

Sie führen Kombiklassen ein, Sie machen Klassen größer, um Lehrer zu sparen - das ist die bittere Wahrheit an unseren Grundschulen -, anstatt die Rahmenbedingungen für die individuelle Förderung zu verbessern. Anstatt den demographischen Wandel zu nutzen und Klassen kleiner zu machen, streichen Sie Lehrerstellen. Was ist das für eine Politik? Der Bedarf an individueller Förderung ist vorhanden. Sie nutzen den demographischen Wandel nicht, sondern Sie machen nach wie vor eine reine Sparpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Je höher das monatliche Nettoeinkommen der Eltern – auch das müssen Sie einmal in Ihrem Kopf wälzen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU –, desto größer ist der Schulerfolg. Das zeigt der Bildungsbericht. Wollen Sie sich endlich einmal um die Familien kümmern, die eben nicht so hohe Familieneinkommen haben, oder haben deren Kinder kein Recht auf eine gute Zukunftsperspektive? Wollen Sie endlich auch einmal für die Politik machen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Je höher die Arbeitslosigkeit in einer Region, umso mehr Kinder besuchen die Hauptschule. Wollen Sie denn nicht auch einmal wirtschafts- und strukturschwachen Regionen helfen, indem Sie die Familien, die arbeitslos sind, besser unterstützen? – Nein, das tun Sie nicht.

Es gibt in der Schule keine Zeiten mehr für Üben und Vertiefen für genau die Kinder, die keine Nachhilfe bezahlen können. Wissen Sie eigentlich, dass heutzutage aktuell über 20 % aller Grundschüler Nachhilfe erhalten? Das ist eine Bankrotterklärung Ihrer Bildungspolitik und Ihrer Schulpolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wollen Sie endlich einmal darüber nachdenken, dass es Familien gibt, die sich keine Nachhilfe leisten können, oder wollen Sie dies weiterhin so laufen lassen?

Präsident Alois Glück: Herr Kollege, zehn Minuten sind vorbei.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ich brauche noch eine halbe Minute. – Der größte Skandal allerdings ist, dass die Zahlen längst bekannt sind. Sie wissen seit Jahren, worum es geht. Aber Sie haben nichts getan. Der zweite Skandal ist, dass sich nicht abzeichnet, dass Sie in Zukunft etwas dagegen tun wollen, indem Sie die Finanzierung der Bildung erhöhen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Professor Dr. Waschler.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann ganz einfach

und kurz zusammenfassen: Wir haben wieder die uralte Platte der SPD gehört, wie die Bildung in Bayern sein soll. Die Brille, die Sie tragen, lässt keinen Lichtstrahl durch. Es ist Verblendung pur, was Sie dargestellt haben.

(Beifall bei der CSU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die SPD müsste einmal zur Kenntnis nehmen, dass der Bildungsbericht ein hervorragendes Kompendium ist. Aber die Daten, die dort enthalten sind, sind keinesfalls neu,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau!)

sind alle bereits verfügbar gewesen. Jetzt wacht die SPD angeblich aus dem Dornröschenschlaf auf,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Nein, das war schon immer unser Lied – alles, was recht ist!)

den Sie der CSU andichten, und behauptet, wir sollten manche Dinge vergessen, die die Bildungslandschaft richtig beschreiben. Ich kann nur sagen, Herr Kollege Pfaffmann: Das Argument können Sie vergessen, dass wir die Fakten nicht sehen würden. Es würde Ihnen natürlich passen, wenn wir sie ignorieren würden; denn da stehen Dinge drin, die Ihnen nicht passen können, weil dort nämlich Sachverhalte beschrieben werden, auf die ich gleich eingehe und die Ihrem Konzept völlig zuwiderlaufen.

Sie haben seit einem Jahr keine einzige Neuerung in Ihren Ausführungen. Das Bildungssystem in Bayern wird systematisch schlecht geredet, und es werden keine Lösungsvorschläge gemacht, die in irgendeiner Weise andere Dinge beschreiben, als sie ohnehin vonseiten der CSU-Fraktion und der Staatsregierung schon betrieben worden sind.

Das beste Beispiel war bereits das Thema bei der Beantragung der Aktuellen Stunde. Sigmund Freud lässt grüßen, auch er gehört zum großen Bereich der Bildung. Hierfür wurde zunächst das Thema „Bayern, Land der Bildungsgerechtigkeit!“ eingereicht. Ich muss sagen: Da hätten Sie Recht gehabt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Eine Stunde später – genauer gesagt: eine Stunde und acht Minuten später, jeder kann sich natürlich korrigieren – kommt dann das Thema: „Bayern, Land der Bildungsgerechtigkeit?“; zunächst war da ein Ausrufezeichen, jetzt steht ein Fragezeichen dahinter. Ich kann nur sagen: Dieses Fragezeichen können Sie getrost belassen; denn Bayern ist ein Land, in dem man Bildungsgerechtigkeit groß schreibt. Es ist keinesfalls die Rede davon, dass Bildung hier vom Geldbeutel der Eltern abhängt, sondern man muss die Fakten zur Kenntnis nehmen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ja, darauf warten wir schon!)

In der gebotenen Kürze will ich auf einige Fakten hinweisen. Es geht zwar auch hier immer wieder um etwas, das man längst in der Literatur hätte nachlesen können. Aber wir geben gerne ein klein wenig Nachhilfeunterricht und ein paar Quellenhinweise, damit man den entsprechenden Informationsstand hat und den bayerischen Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern sowie den Eltern in Bayern zeigt, wo wir wirklich stehen, nämlich nicht – um ein Bild aus dem Fußball zu nehmen – irgendwo in der A-Klasse, sondern sehr wohl in der Bundesliga. Das wird uns von allen Seiten bestätigt.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

– Lassen Sie mich doch ausreden. Sie glauben doch uns von der Fraktion ohnehin nicht. Hören Sie wenigstens darauf, was unabhängige Sachverständige feststellen. In einer Studie von Gabriela Schütz und Ludger Wößmann ist im Jahr 2005 Folgendes festgestellt worden:

In allen nationalen und internationalen Schülerleistungstests erweist sich nahezu ausnahmslos der familiäre Hintergrund der Schülerinnen und Schüler als der am weitesten stärkste Einflussfaktor auf die erzielten Leistungen. Deshalb muss man gerade dort ansetzen.

Wir müssen bei den Eltern ansetzen; darauf wird Frau Kollegin Dodell noch eingehen. Das Thema Elternbildung muss uns eben wichtig sein.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Zu dem, was Sie moniert haben, weise ich auf eine Veröffentlichung in „Die Zeit“ von Thomas Kerstan unter dem Titel „Leistung und soziale Gerechtigkeit im Überblick“ hin. Dort werden Bezüge zwischen der Mathe-Stärke und der sozialen Gerechtigkeit analysiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, dort wird festgestellt, schlecht und ungerecht sei es in Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Hessen, Saarland, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Bremen und – über den großen Tellerrand hinweg – in anderen Ländern wie in den USA und in Ungarn.

Gut und gerecht gehe es zu in Bayern, an der Spitze lägen zudem Sachsen, Thüringen und international Japan, Finnland, Kanada, Schweden, Österreich und die Schweiz. Im gleichen Artikel heißt es weiter: „Die Bildungsforscher sprechen genauer davon, dass in Bayern die Leistung der Schüler vergleichsweise wenig an die soziale Herkunft gekoppelt ist.“ Arbeiter- und Einwandererkinder werden also dort besser als in Bremen oder in Baden-Württemberg gefördert. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen.

Ich habe versucht, bereits im Bildungsausschuss ein wenig darüber zu informieren, dass es nicht einfach eine Ursache gebe, sondern dass man eben hinter die Daten blicken müsse. Der Bildungsbericht beschreibt nur Daten. In diesem Artikel von Kerstan wird hingegen ausgeführt, die Ursachen dafür, dass die Situation in Bayern besser

sei, seien nicht geklärt. Vieles spreche dafür, dass klare Leistungsanforderungen entgegen manchen Vorurteilen gerade die schwächeren Schüler fördern. Außerdem sei zu vermuten, dass die relativ intakte bayerische Hauptschule eine anregende Lernumgebung biete. Dazu kann man nur sagen: Gratulation der bayerischen Hauptschule! Die bayerische Hauptschule ist die größte und eine wichtige Schulart.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Mit den von Ihnen permanent monierten Gerechtigkeitsproblemen am Gymnasium haben Sie Recht: Der Vergleich zeigt, dass tatsächlich Facharbeiterkinder auch in Baden-Württemberg eine doppelt so große Chance haben, nach der Grundschule an das Gymnasium zu wechseln. Aber der Weg zum Hochschulzugang führt in Bayern eben nicht allein über das Gymnasium. Schon heute nehmen 42 % der bayerischen Schülerinnen und Schüler den Weg über den M-Zug, über die Real- und die Wirtschaftsschule. Diese Schüler kommen so zum Hochschulzugang. Wir werden diesen Weg weiter ausbauen und optimieren. Das erfordert auch eine starke Hauptschule.

Ich fordere Sie daher auf, den Eltern nicht mehr länger zu sagen, der allein selig machende Weg sei das Gymnasium; denn es gibt andere Wege, zum Beispiel den beruflichen Weg, der genauso wichtig und gut ist. Dieser Weg stärkt die Schüler in manchen Bereichen weit mehr als der Weg über das Gymnasium, das ich allerdings in keiner Weise schlecht reden möchte.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das gilt immer für die Kinder anderer!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie reden immer wieder von den Finanzen. Ich möchte jetzt nichts über den Haushalt und die Steigerung der Bildungsausgaben sagen, die überproportional wachsen. Sie reden dauernd über Gerechtigkeit. Schauen Sie doch einmal über den Tellerrand hinaus: Das Entscheidende ist, dass unsere Schülerinnen und Schüler eine gediegene Ausbildung erfahren und dass hier auch der Umfang stimmt. Wer den Umfang der insgesamt erteilten Unterrichtsstunden betrachtet, stellt fest: Da gibt es keine Diskussion. Wir haben in Bayern die höchste Anzahl erteilter Unterrichtsstunden, und der Umfang des Unterrichts wächst weiterhin. Im Vergleich mit Bremen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen haben die bayerischen Schülerinnen und Schüler – von der Grundschule bis zum Abitur – bis zu zwei Jahre Lernvorsprung. Das ist gleichzusetzen mit Lernchancen, die es zu nutzen gilt. Dann muss eben auch der Aufruf kommen, dass diese Angebote des bayerischen Schulwesens genutzt werden müssen. Das erfordert von den Schülern Fleiß, Einsatzbereitschaft und die Offenheit, eine der Bildung angemessene Richtung einzuschlagen.

Ich wiederhole: Es ist seitens der Opposition unseriös, immer wieder zu sagen, ein Hochschulzugang über die Hauptschule oder andere Bildungschancen seien weniger gut, sondern sie sind gleichwertig.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Mugendorfer (SPD))

Ich lese in Pressemitteilungen, dass kritisiert wird, in Bayern sei durch die Beschlüsse zum Nachtragshaushalt zu wenig gemacht worden. Ich stelle dagegen fest: Rund 30 000 Unterrichtsstunden werden im Schuljahr 2006/2007 zusätzlich erteilt. Diese Fakten kann man nicht wegdiskutieren.

Sie sagen, man müsse auf das Wohl der Kinder, auf die aktuelle Situation der Schulen schauen. Wir tun das regelmäßig. Wir schauen mit einer größeren Schärfe hin, als Sie es sich vorstellen können. Wir haben beispielsweise erst vor wenigen Tagen im Rahmen einer Klausur des Bildungsarbeitskreises der CSU-Fraktion die Hauptschule in Bodenmais angesehen. Dort wirken Schule, Eltern und Kindergarten vorbildlich zusammen, angeführt von der Schulleitung, die sich hier engagiert und für die Kinder im verfügbaren Rahmen ein hervorragendes Bildungsangebot schafft. Das hat wirklich nichts mehr mit dem Geldbeutel zu tun. Da stimmen der Rahmen und die Richtung. Der „Focus“ schreibt in der aktuellen Ausgabe vom 17.07.2006, dass eine Verpflichtung zur Integration bestehe und dass Eltern in die Pflicht zu nehmen seien.

Es gibt eine Gemeinschaftsleistung. Wir brauchen an den Schulen Niveau und Qualität, und beides haben wir in Bayern. Wir kennen die Baustellen, wo wir verstärkt arbeiten müssen – in der Sprachförderung und für eine solide Integration. Da sind wir auf dem besten Weg, und den lassen wir uns nicht schlecht reden.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Tolle.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Waschler, ich kann Sie nach diesem Bildungsbericht nicht verstehen;

(Beifall der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

denn dieser Bildungsbericht hat die Studie der GRÜNEN, die wir schon vor zwei Jahren vorgestellt haben, eigentlich bestätigt. Das Resümee aus diesem Bildungsbericht und aus unserer Studie lautet: Der Bildungserfolg in Bayern ist eben nicht davon abhängig, was ein Schüler kann und was er im Köpfchen hat, sondern vom Geldbeutel und von der Bildung der Eltern, vom Wohnort und von der Tatsache, ob seine Eltern eingewandert sind oder nicht.

In Bayern gilt nach wie vor der Satz: „Zeig mir das Bankkonto deiner Eltern, sag mir, wo deine Eltern wohnen, dann sage ich dir deine Chancen voraus.“

(Unruhe bei der CSU)

Wenn mindestens ein Elternteil nicht hier geboren ist, dann geht es dir noch schlechter als den anderen.“ – Das ist das Resümee des bayerischen Bildungsberichts.

Die eigentliche Tragödie an der Geschichte – und die setzen Sie gerade fort – liegt darin, dass Sie das hätten wissen können und wissen müssen, zuletzt vielleicht mithilfe unserer Studie. Sie verschließen immer wieder die Augen vor den Löchern an Bayerns Schulen in puncto Gerechtigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aus meiner Sicht sind Sie da sehr resistent, obwohl die Erkenntnisse eine andere Sprache sprechen und den Skandal dieser Geschichte deutlich machen. Wenn Sie alles nur wieder schönreden, dann könnten wir den Bildungsbericht zu den Akten legen. Aber das möchte ich nicht.

Der Bildungsbericht bestätigt die Ergebnisse, zu denen die GRÜNEN gekommen sind. Wenn Sie schon vor zwei Jahren auf uns gehört hätten, wären wir in puncto Gerechtigkeit jetzt schon sehr viel weiter. Dass wir dies nicht sind, haben Sie zu verantworten. Mir tut das persönlich Leid.

Über den Bericht möchte ich diese Überschrift setzen: Gerechtigkeit ist ein Gebiet, zu dem bayerische Kinder keinen Zugang haben.

Herr Waschler, Sie haben immer wieder gesagt, das System sei durchlässig. Ich halte Ihnen aber nun – ich habe das im Ausschuss schon einmal überschlagsmäßig festgestellt – die Wanderungsbewegungen nach oben vor. Sie können nämlich auf Seite 111 zusammenzählen, wie viele Schüler an die nächsthöhere Schulart wechseln. Es sind 1,42 %. Deshalb können Sie mitnichten davon sprechen, dieses System sei durchlässig.

Wenn Sie die Durchlässigkeit immer wieder betonen, räumen Sie eigentlich ein, dass die Selektion nach der vierten Klasse existiert, dass es bei dieser Selektion Fehler gibt und der gesamte Wirrwarr an Schullaufbahnen – ich habe neun gezählt –, der nach der vierten Klasse kommt, eigentlich nur dem Bestreben dient, den Selektionsfehler auszumerzen. Diese Verhaltensweise nenne ich schizophoren.

Wir brauchen keine verschlungenen Pfade, die Durchlässigkeit vorgaukeln. Wir brauchen – da nenne auch ich eine Quelle aus der „Zeit“, Herr Kollege Waschler, nämlich den ehemaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Lothar Späth – eine längere gemeinsame Schulzeit, die den Schülern Zeit gibt, sich zu entwickeln und ihre Talente zu entfalten; denn es gibt nur selten den Einheitsschüler, von dem Sie ausgehen, bei dem man schon dann, wenn er zehn Jahre alt ist, vorhersagen kann, ob er später einmal in der Lage sein wird zu studieren oder nicht.

Für die Kolleginnen und Kollegen, die am Donnerstag nicht im Bildungsausschuss gewesen sind – zum Beispiel Herr Kollege Herrmann –, habe ich ein paar Zahlen mitge-

bracht, mit denen ich deutlich machen will, was in diesem System nicht stimmt.

Die Übertrittsquote ans Gymnasium beträgt in kreisfreien Städten 42,2 %, in den Landkreisen 32,9 %. Hier klafft also eine sehr große Lücke. Im Bericht heißt es dazu – ich zitiere –:

Das Übertrittsverhalten wird unter anderem auch durch die wirtschaftliche Lage einer Region beeinflusst. Es besteht ein mittelstarker Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und den Übertrittsquoten an Hauptschule und Realschule.

Man muss einmal einen Zeitreihenvergleich zwischen 1989/90 und 2002/03 machen. Da ist nämlich noch ein anderer wichtiger Umstand bemerkenswert. In Bayern tut sich nichts zum Zwecke der Schließung der Gerechtigkeitslücken. Die Cluster mit hohen Übertrittsquoten sind stark geblieben, während die schwachen Cluster schwach geblieben sind. Es gibt wenig Dynamik aufseiten derer, die früher eine schlechte Übertrittsquote hatten. Die Ursache dafür, Herr Waschler, ist Ihr Schönreden. Es verhindert nämlich, dass sich die schlechten Cluster zum Guten entwickeln können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie die Probleme des bayerischen Bildungssystems weiterhin schönreden, dann gestehen Sie ein, dass Sie dem ländlichen Raum die Chancen nehmen wollen. Der ländliche Raum ist doch benachteiligt. Sie sprechen zwar davon, den ländlichen Raum stärken zu wollen, aber das ist dann nur eine hohle Sprechblase.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Waschler, Sie haben eben der Hauptschule gratuliert. Im Schuljahr 2003/04 beendeten 9,7 % der Schüler die Hauptschule ohne Abschluss. Das geht aus dem bayerischen Bildungsbericht hervor. Dazu kann man nicht gratulieren, sondern nur sein herzliches Beileid aussprechen. Wenn Sie vor dieser Zahl nach wie vor die Augen verschließen, dann wird sie sich auch nicht ändern.

Ich treffe eine letzte Feststellung. Ausländische Schüler sind stark benachteiligt. An der Realschule sind sie überrepräsentiert, am Gymnasium unterrepräsentiert. Während von der Gruppe deutscher Jugendlicher 20 % eines Altersjahrgangs das Abitur ablegen, sind es bei den ausländischen Kindern nur 6,6 %.

Zu den Testleistungen zitiere ich wieder aus dem Bildungsbericht:

Die Unterschiede sind nicht nur statistisch signifikant, sondern auch so groß, dass sie inhaltlich bedeutsam sind.

Da können Sie mir nicht erzählen, alles sei in Butter.

Ähnliches gilt für die Testleistungen der Kinder, wenn man sie in Gruppen nach dem Beruf der Eltern einteilt. Im Bildungsbericht steht, diese Effekte seien für alle Tests statistisch signifikant und bedeutsam. Das heißt: reiche Eltern, gute Leistungen. Ich halte es allerdings schon ein bisschen für problematisch, wenn Sie die ganze Schuld an Benachteiligungen auf den familiären Hintergrund schieben. Wenn wir wissen, wie die Tatsachen sind, dann ist der Staat dazu aufgefordert, die Gerechtigkeitslücke zu schließen, damit den betroffenen Kindern geholfen wird.

Die GRÜNEN haben schon sehr häufig Aktionspläne vorgelegt, wie man ein gerechteres Schulsystem herstellen kann. Aber Sie haben die Pläne immer wieder abgelehnt. Für einen weiteren Bildungsbericht lässt sich nichts Gutes erahnen, wenn Sie vor den Tatsachen weiterhin die Augen verschließen.

Ich will Ihnen trotzdem die längere gemeinsame Schulzeit ans Herz legen. Wir können von unseren skandinavischen Nachbarn lernen. Wir sollten ein System etablieren, das zwei Bedingungen erfüllt. Bayern erfüllt beide nicht. Wir GRÜNEN wollen erstens ein leistungsorientiertes System. Zweitens wollen wir ein sozial gerechtes System. Dazu brauchen wir mehr Ganztagschulen. Der Bildungsbericht hat dafür die Zahl von 5 % genannt. Das ist zu wenig. Ungerecht ist es auch, wenn der größte Teil des Geldes für Ganztagschulen an Gymnasien fließt. Damit wird die Ungerechtigkeit verstärkt.

Wir brauchen mehr Schulsozialarbeit und mehr Lehrer, um in kleineren Klassen individuell fördern zu können. Dazu brauchen wir im neuen Haushalt mit Sicherheit mehr Geld. Die Kinder, die etwas im Köpfchen haben, auf dem Land wohnen und vielleicht nicht so reiche Eltern haben, haben genau diese Investitionen verdient. Für diese stehe ich hier und kämpfe weiter. Ich hoffe, dass Ihre Resistenz bezüglich der Erkenntnisse aus einem Bericht Ihres eigenen Ministeriums eines Tages zusammenbricht. Auf diesen Tag freue ich mich sehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Pranghofer.

Karin Pranghofer (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Waschler, so ganz trauen Sie Ihrer eigenen Bildungspolitik wohl nicht, sonst hätten Sie hier eigentlich aus Ihrem Bildungsbericht zitieren können.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Sie haben lediglich aus andern Studien zitiert, und ich denke, da haben Sie nur das herausgelesen, was Sie lesen wollten.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Warten Sie nur ab, Frau Kollegin!)

Sie sollten den Bildungsbericht durchaus studieren; denn in diesem Bericht ist klar und deutlich zu erkennen, dass sich an der Schieflage, vor allen Dingen an der sozialen Schieflage, nichts geändert hat. Das Einkommen, der Wohnort, die Herkunft und das Geschlecht spielen eine Rolle, in diesem Fall sind es die Jungs, auch das Geschlecht hat also sozusagen immer noch Einfluss auf den Bildungserfolg.

Wenn Sie den Bildungsbericht lesen, werden Sie feststellen, dass wir eine durchaus gefährliche Entwicklung bei den Übertrittsquoten haben. Ich weise Sie noch einmal darauf hin – ich habe das bereits im Bildungsausschuss getan –, dass vor allen Dingen in den kreisfreien Städten die Übertritte an das Gymnasium und an die Realschulen zurückgehen. Gegenüber den Landkreisen haben wir in den Städten zwar immer noch eine relativ hohe Übertrittsquote, aber wenn wir den längerfristigen Vergleich im Bildungsbericht ansehen, entdecken wir einen Rückgang der Übertrittsquoten in den Städten an die Gymnasien sowie einen Anstieg in der Hauptschule. Diese Dinge müssten uns bewegen, einmal darüber nachzudenken, was wir konkret dagegen tun können.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass die Talente besser gefördert werden, und wir messen das durchaus auch an den Übertrittsquoten. Da werfen Sie uns stets vor, dass wir den Übertrittserfolg der Schüler immer nur an diesen Quoten messen würden und damit sozusagen den Hauptschüler schlecht redeten.

Abgesehen davon, dass nicht wir es waren, die die Hauptschule zur Restschule degradiert haben, sondern Sie mit Ihrer R-6-Entscheidung,

(Beifall bei der SPD)

möchte ich doch festhalten, dass es sich nicht um ein persönliches Messergebnis handelt, wenn wir von der Übertrittsquote reden; denn wir messen nicht, ob es sozusagen der Grundschüler persönlich an das Gymnasium, an die Realschule oder die Hauptschule schafft, sondern für uns ist die Übertrittsquote vielmehr die Messlatte der Leistungsfähigkeit einer Schule. Genau diese Messlatte legen wir an und sagen: Das Ergebnis, das wir in Bayern mit den Übertritten an das Gymnasium oder an die Realschule erreichen, reicht uns nicht aus. Da gibt es zu viele Talente der Kinder an den Schulen, die wir nicht ausreichend fördern.

(Eduard Nöth (CSU): Was ist denn das für eine Messlatte?)

– Herr Nöth, das ist unsere Messlatte; wir wollen die Leistungsfähigkeit des Schulsystems als solches bemessen.

Ein weiterer Punkt, den ich auch noch ansprechen möchte, ist die Durchlässigkeit im Schulsystem. Das ist doch Ihr Hauptargument für die Beibehaltung des jetzigen Schulsystems. Ihr neues Schlagwort lautet: „Kein Abschluss ohne Anschluss.“ Dieses Schlagwort benutzen Sie zurzeit sehr gern, und dazu kann man nur sagen:

bravo! Was macht denn dann der Hauptschüler, der keinen Ausbildungsplatz bekommt? Was macht denn der M-Klassen-Schüler, der an die Fachoberschule will? – Sie können doch dem M-Klassen-Schüler nichts von Durchlässigkeit erzählen, wenn Sie gleichzeitig an den Fachoberschulen die Türen durch den Aufnahmestopp und eine Verschärfung der Noten zuschließen und dadurch, dass Sie ihn einfach nicht genug fördern, wenn er überhaupt an die Fachoberschule gelangt.

(Beifall bei der SPD)

Bei dieser von Ihnen so propagierten „Durchlässigkeit“ müssen Sie sich schon fragen lassen, wie Sie die Platzkapazität für diese Schüler schaffen wollen. Ich denke, das alles ist ein Zeichen dafür, dass es diese Durchlässigkeit in Wirklichkeit nicht gibt. Es ist sozusagen theoretisch alles möglich, aber in der Praxis scheitern die jungen Menschen an der Hürde des Nichtangebots der Schulen.

Das ist auch nicht so zu werten, als ob es sich hier um einen erfüllten Bildungsanspruch handelte. Einem Gymnasiasten gewähren wir sozusagen bis zum Abitur, dass er beschult wird und seine Hochschulreife erreicht. Der Hauptschüler hat keinen derartigen Anspruch. Das Bildungsinteresse für die Fachoberschule und die Berufsoberschule ist sehr groß, aber Sie verschaffen den Grundschulern und Grundschülerinnen die Möglichkeit des Übergangs nicht.

(Beifall bei der SPD)

Das ist in unseren Augen keine bildungsgerechte Lösung; die von Ihnen propagierte Durchlässigkeit ist eine vorgegaukelte Durchlässigkeit. Sie ist keine Lösung für die Schülerinnen und Schüler.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist überschritten.

Karin Pranghofer (SPD): Nur noch ein letzter Satz, Herr Präsident! Ich glaube, es ist notwendig, dass Sie den Bildungsbericht mit in die Sommerpause nehmen, ihn lesen und im Herbst Ihre Konsequenzen daraus ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Kollege Stahl.

Georg Stahl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Hauptschule ist von den letzten Rednern in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen gestellt worden. Wie schon der Name sagt, ist es die Hauptschulart in Bayern und, integriert und bezogen auf die achte Jahrgangsstufe, hat sie den größten Anteil an Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen. Vieler, meist polemischer Unkenrufe zum Trotz ist die Hauptschule immer noch stark genug, die Pro-

bleme, die mit dem Schülerrückgang, den Sprachproblemen und dem sozialen Hintergrund einhergehen, zu meistern.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Darum schafft ihr die Abteilungsschulen ab!)

– Ja, das kommt schon noch.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das war doch schon! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie haben in der Bildungspolitik versagt,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was? Wir?)

und Sie können uns jetzt auch nicht stoppen.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Bildungsgerechtigkeit kann nicht zum Ziel haben, alle Kinder auf Biegen und Brechen auf das Gymnasium zu schieben. Jedem Schüler und den Eltern müssen Wahlmöglichkeiten je nach Begabung und eigenem Willen offen stehen. Bildungsgerechtigkeit mit bloßen Übertrittszahlen zu belegen, meine Damen und Herren von der Opposition, ist trügerisch.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ach so!)

Die Bildungsgerechtigkeit muss an der Zufriedenheit der Schüler mit der von ihm gewählten Schulart und seiner beruflichen Zukunft gemessen werden.

Chancengleichheit muss das Ziel der Bildung sein, und jeder, der will und dazu in der Lage ist, kann sich nach der Grundschule die für ihn passende Schulart aussuchen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Eben nicht!)

Das ist in Bayern möglich.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nein, eben nicht!)

Dass das regional unterschiedlich ist, ist keine Neuheit im Bildungsbericht 2006. Dass Kinder mit Migrationshintergrund mehr Schwierigkeiten haben, will ich nicht verschweigen oder leugnen. Dafür kann aber das Schulsystem nichts.

(Margarete Bause (GRÜNE): Sagen Sie das Herrn Waschler auch einmal!)

Das Schulsystem kann nichts dafür.

(Margarete Bause (GRÜNE): Wer kann denn was dafür?)

Wir müssen weiter daran arbeiten, die Kinder mit Deutschproblemen und deren Eltern zu fördern. Ohne

gesicherte Deutschkenntnisse wird sich der Schüler, egal in welcher Schulart er ist, schwer tun.

Lassen Sie mich auf drei Punkte eingehen: Erstens. Die Hauptschule in Bayern ist eine echte Angebotsschule. Sie bildet eine wichtige Säule im bayerischen Schulsystem,

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Was denn sonst?)

obwohl die Hauptschule mit anderen attraktiven Schularten wie der sechsstufigen Realschule oder der Wirtschaftsschule konkurrieren muss. Sie wird dies auf Dauer nur schaffen,

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Dafür muss man was tun!)

wenn sie dementsprechend gestärkt aus den Debatten und Reformen hervorgeht. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, glauben doch nicht im Ernst, dass ein Konzept mit zusammengelegten Regionalschulen oder gar Gesamtschulen eine Verbesserung bringt.

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Was soll denn das Bildungsziel in einer solchen Schule sein?

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Was fänden Sie denn besser?)

Jedenfalls nach dem Motto „toll, toller, Tolle“ geht's auch nicht.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich jetzt endlich zu Ende reden. Soll es ein halbes Abitur für jeden sein, und jeder wird mit durchgezogen, egal ob er will oder nicht, ohne Rücksicht auf Begabung und Lernkompetenz? Oder soll eine Gesamtschule „light“ zur mittleren Reife führen? – Das ist keine Bildung, das ist ein Einheitsbrei. Sie wollen das dreigliedrige Schulsystem zerstören und hier eventuell die Gesamtschule einführen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wir wollen Gerechtigkeit!)

Dagegen bieten unsere Hauptschule und unser bayerisches Schulsystem an sich wesentlich mehr Optionen und Chancen. Dabei spielt die Hauptschule in ihrer Einheit eine wesentliche Rolle.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Und deshalb schaffen Sie sie ab?)

Das bayerische Handwerk und viele kleine und mittelständische Unternehmen setzen auf unsere handwerklich begabten und praxisorientierten Schülerinnen und Schüler, auch die Hauptschüler, die nach der Hauptschul-

reife oder nach der M-Zug-Reife mit 15 oder 16 Jahren ihre Lehre beginnen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Die haben doch überhaupt keine Chance!)

– Wer dauernd schreit, hat Unrecht! Lassen Sie mich doch einmal in Ruhe ausreden.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zweitens zum demographischen Wandel und zum damit einhergehenden Rückgang der Schülerzahlen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, über zurückgehende Schülerzahlen brauchen wir uns in diesem Hohen Hause nicht mehr weiter zu unterhalten. Wir wissen alle, dass das Fakt ist. Jedoch muss man daraus die richtigen Konsequenzen ziehen, gerade im Bildungssystem. Unser bayerisches dreigliedriges Schulsystem hat sich bewährt und in Vergleichsstudien internationales Ansehen erlangt, ob es Ihnen passt oder nicht. Dazu trägt auch die Hauptschule in Bayern bei, wo gerade der Abschluss in den M-Klassen ein Gütesiegel für unsere Hauptschulklassen und die sehr engagierten und einsatzbereiten Lehrkräfte ist.

(Zuruf der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

Lassen Sie mich auf einige Reaktionen der Opposition auf den Bildungsbericht 2006 eingehen. Gerade die Hauptschule steht da immer im Kreuzfeuer der Kritik. Aus Studien geht klar hervor, dass nirgends in Deutschland der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Kompetenzerwerb so gering ist wie in Bayern.

(Zuruf der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

Liebe Freunde von der SPD und den GRÜNEN, lassen Sie also Ihre ständige Kritik an unserer Hauptschule. Reden Sie die Hauptschule nicht ständig schlecht. Dort wird sehr gute Arbeit geleistet.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Kein Mensch redet die Hauptschule schlecht! So ein Schmarren!)

Soziale Probleme sind nicht nur in Bayern zu finden. Aus sozialen Problemen zu folgern, die Hauptschule sei aufzulösen, ist reiner Quatsch. Die Qualität der Hauptschule, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liegt auf der Hand.

Abschließend noch ein paar Sätze zur Qualität. Die bereits angesprochene Durchlässigkeit unseres Schulsystems nach dem Motto „Kein Abschluss ohne Anschluss“ gilt vor allem für die Hauptschule. Dazu gehören die eingeführten Praxisklassen. Sie haben den Stellenwert der Hauptschule ebenso gesteigert wie die M-Züge. Die Sprachprobleme, die vor allem bei Kindern mit Migrationshintergrund vorhanden sind, wurden in Bayern schon früh erkannt. Man hat versucht, sie durch

Sprachklassen und Initiativen wie „Mama lernt Deutsch“ zu mindern.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Die fünf Minuten sind überschritten!)

Die Eingliederung der Teilhauptschulen in die Hauptschulen soll zur pädagogischen Einheit der Hauptschule und zur Qualitätssteigerung beitragen. Sicherlich weiß ich, dass Bürgermeister schwer damit zu kämpfen haben und dass Schüler und Schülerinnen teilweise auch weitere Schulwege in Kauf nehmen müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Jedoch wird die Bildung in den Hauptschulen dadurch weitreichend verbessert. Als Beispiel nenne ich nur, dass in den gesamten Hauptschulen Englisch-Fachlehrer unterrichten oder Fachräume genutzt werden können, die in der Teilhauptschule nicht vorhanden sind. Die Lehrstellen, die aufgrund des Schülerrückgangs frei werden, werden trotz Sparens zur Verbesserung der Bildung eingesetzt. An den Hauptschulen werden 300 Stellen geschaffen.

Präsident Alois Glück: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist überschritten.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Sie ist mehr als überschritten, sie ist zu Ende!)

Georg Stahl (CSU): Dann sage ich noch zwei Schlusssätze: Die Hauptschule, meine Damen und Herren, hat Erfolge vorzuweisen. Die Hauptschule ist und bleibt ein wichtiger Pfeiler in unserem Bildungssystem.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Weikert.

Angelika Weikert (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der heutigen Diskussion zum Bildungsbericht und der Diskussion, die wir letzte Woche im Bildungsausschuss zu dem Bildungsbericht geführt haben, der uns vorgelegt wurde, habe ich die Sorge, dass die 240 Seiten des Bildungsberichts ziemlich umsonst sind, obwohl so viel Arbeit seitens des Staatsinstituts drinsteckt. Das ist eine berechtigte Sorge von uns.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Diese Sorge können wir Ihnen nehmen!)

Die Probleme, die der Bildungsbericht eigentlich anspricht, sind nicht neu, da haben Sie völlig Recht, Kollege Waschler, sondern ziehen sich leider, leider schon über viele Jahre hin. Sie werden von Ihnen nicht ernst genommen. Das ist eines der Hauptprobleme im bayerischen Bildungswesen.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das ist eine abwegige Interpretation!)

Sie wollen auf der einen Seite die volle Verantwortung für das Bildungswesen übernehmen, wie die Diskussion zur Föderalismusreform zeigt und wie auch Aussagen von Ministerpräsident Stoiber belegen, aber andererseits tun Sie nichts, wenn es wirklich darum geht zu handeln.

Ich will das am Beispiel von Kindern mit Migrationshintergrund aufzeigen. Fast alle meine Vorredner haben es gesagt, und es ist ja auch nicht umstritten, dass Kinder mit Migrationshintergrund die Verlierer unseres Bildungssystems sind. Ich sage jetzt einmal einen kleinen Nebensatz: Ich finde es sogar ganz gut in diesem Bericht, dass man nicht nur von „ausländischen Kindern“ redet, sondern von „Kindern mit Migrationshintergrund“. Damit sind auch Aussiedlerkinder gemeint, die vielfach von ihren Abschlüssen her gesehen ein Problem im bayerischen Bildungswesen sind. Die Zahlen sind genannt worden. Dass Kinder mit Migrationshintergrund die Verlierer des bayerischen Bildungswesens sind, ist völlig unumstritten, schon deshalb, weil jedes sechste – Quelle: Bildungsbericht – ausländische Kind die Schule ohne Abschluss verlässt.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Die Ursachen muss man genau betrachten!)

Diese Situation hat sich – und das ist das eigentliche Problem, Kollege Waschler – seit 15 Jahren kaum verändert.

(Eduard Nöth (CSU): Das ist ein Auftrag an die Eltern!)

Genau hier wird die Bedeutung des familiären Hintergrunds deutlich. Kollege Waschler, Sie haben es gesagt: Bildungsferne Schichten haben weniger Anteil an einem Bildungsprozess, der zu höheren Abschlüssen führt. Da sind wir uns ja einig. Ausländische Kinder gehören dann wieder zu den Verlierern, wenn sie Eltern werden. Auch ihre Kinder werden wieder zu den Verlierern gehören.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Daran ist nicht die Politik schuld!)

Wenn Sie die Situation wirklich ernst nehmen würden, würden Sie zumindest so argumentieren wie der bayerischen Innenminister Dr. Günther Beckstein: Er hat in einem Interview der „Süddeutschen Zeitung“ das Problem der Integration – dieses hat wohl sehr viel mit Bildung zu tun – als eines der größten gesellschaftspolitischen Probleme definiert, vor denen wir derzeit stehen. Neben der Steuerreform und der Weiterentwicklung der Sozialversicherungssysteme ist das Thema Integration ein Thema, mit dem wir uns beschäftigen müssen.

Wenn man fragt, wie Sie das Sprachdefizit ändern wollen, nennen Sie, Kollege Waschler, als klare Anforderung Deutschkurse und letztlich den Erwerb der deutschen Sprache. Dazu will ich ganz deutlich sagen: Die SPD ist hier völlig mit Ihnen einig. Auf dem Integrationsgipfel, der letzte Woche in Berlin stattfand, hat die SPD Leitlinien zur Integration vorgelegt. Einer der wesentlichen Punkte dabei ist der Spracherwerb als Eintrittskarte zu Deutschland. Sie machen zwar dafür Vorkurse, Deutschunterricht, Förderunterricht. Sie diskutieren das Thema aber nicht

aus. Das Kultusministerium legt in einem formalen Erlass fest, dass jedes Kind, das nicht über ausreichende Sprachkenntnisse verfügt, einen Vorkurs besuchen muss. Ministerpräsident Stoiber bringt es auf den Punkt: Wenn das Kind diesen Vorkurs nicht schafft, hat es keinen Zugang zum normalen Bildungswesen Bayerns.

In der Diskussion darüber, wie es tatsächlich gelingen kann, die Probleme, die der Bildungsbericht deutlich macht, zu lösen und den Bildungserfolg von Migrantenkindern in Deutschland zu erhöhen, leisten Sie keinerlei fachlichen Beitrag.

Sie überlegen nicht, wie die Nahtstelle zwischen Kindergarten und Grundschule im ganzen Land so zu gestalten ist, dass die Vorkurse Erfolg haben. Auf diese Weise werden neue Ungerechtigkeiten geschaffen. Richtig wäre es, wenn sich vor Ort die Kindergartenleiterin mit der Grundschullehrerin – Herr Freller, Sie werden mir in diesem Punkt sicher Recht geben – an einen Tisch setzen würden, sich beide über die einzelnen Kinder unterhalten und den Förderbedarf feststellen würden. Nichts davon ist in Sicht. Es handelt sich um einen formalen Erlass. Die Erfordernisse sind nach Ihrem Erlass mit 80 Stunden erfüllt. Dabei wird von Ihnen nicht geprüft, ob die Maßnahmen ausreichend sind.

Präsident Alois Glück: Ich darf Sie auf das Ende der Redezeit aufmerksam machen.

Angelika Weikert (SPD): Ich weiß, meine Redezeit geht zu Ende. Danke für den Hinweis.

Ich komme zum Schluss: Eine gute Diskussion über diese Defizite würde mehr als nur eine Rechtfertigung nach dem Motto bedeuten: Wir sind das beste Land auf der Welt. Eine erfolgreiche Lösung würde eine fachliche Diskussion voraussetzen, die wir dringend einfordern und die wir von Ihnen erwarten, sonst stehen wir vor einem großen Problem, das wir nicht bewältigen werden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Sem.

Reserl Sem (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern – das Bildungsland der Gerechtigkeit. Gerechtigkeit schließt ein Stück weit das Erfordernis mit ein, selbst mitzutun.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

– Selbstgerechtigkeit - das haben Sie gesagt und nicht ich.

Integration ist auch für uns ein Kernstück der Politik. Die Aussage, nur wer Deutsch könne, könne auch vom deutschen Bildungsangebot profitieren, ist für uns alle nachvollziehbar. Wir wissen, dass die Situation gerade bei den ausländischen Mitbürgern, aber auch bei solchen Mitbürgern, die die deutsche Sprache zu Hause nicht sprechen und vielleicht mehr Fernsehen konsumieren, als mit den

Eltern Gespräche zu führen, sehr ernst ist. Eltern sind bei allen Lösungsansätzen auch mitzunehmen. Sehr geehrte Frau Tolle, wenn Sie sagen, Bildung sei nur eine Sache des Geldbeutels, der Herkunft oder des Wohnorts, dann darf ich vor dem Hintergrund meiner Biographie sagen: Meine Kindheit war nicht immer reich gesegnet, aber wir haben gelernt, dass man zwei gesunde Hände hat, laufen und arbeiten kann. Auch das ist wichtig. Auch der Selbsteinsatz gehört dazu.

(Beifall bei der CSU)

Wir stellen uns auf, und zwar in Vorkursen, im Kindergarten, in Übergangs- und Eingliederungsklassen, in den Schulen und bei den außerschulischen und begleitenden Maßnahmen. Wir haben sicher noch nicht alles erreicht, aber wir sind auf einem guten Weg. Für Kinder, die bei künftigen Sprachstandserhebungen – wie man das klassisch sagt, wenn sie nicht gut Deutsch sprechen – Defizite aufweisen – die Kolleginnen in den Grundschulen und in den Kindergärten schauen sich die Kinder an –, werden Förderkurse angeboten. Das Wichtigste dabei ist, die Eltern darüber aufzuklären, wie wichtig es ist, Deutsch zu lernen.

Zu Beginn des Schuljahres 2005/2006 haben wir die dreimonatigen Vorkurse für das gesamte Jahr zum Schuleintritt erweitert. Statt bisher 40 Stunden Deutschunterricht umfasst die vorschulische Förderung nunmehr 160 Stunden. Das ist ein Mehr. 6750 Kindern wird derzeit in 724 Vorkursen die Chance zur Integration gegeben. Uns ist es ein ernstes Anliegen, dass Kinder in Bayern Deutschkenntnisse haben, wenn sie in die Grundschule gehen. Das ist nicht nur so dahingesagt, sondern an diesem Ziel wird gearbeitet.

Schule: Dabei stellt sich in sprachlicher Hinsicht eine Herausforderung, und wir brauchen in diesem Zusammenhang eine Förderung. Das Ergebnis der Pisa-Studie zeigt uns, dass wir auf einem guten Weg sind. Im Vergleich des Schuljahrs 1999/2000 zu 2003/2004 hatten wir einen Anteil von Migranten ohne Hauptschulabschluss von 26,8 %, und heute sind wir bei 21,3 %. Daran sieht man, dass die Kinder und die Elternhäuser die Angebote der Schulen annehmen. Die Sprachlernklassen sind ein wichtiges Instrument und werden bedarfsorientiert ausgebaut. Damit die Schüler in Sprachlernklassen nicht von deutschen Schülern isoliert sind – auch das ist für uns ein wichtiger Ansatz –, werden sie beim Unterricht in musischen und praktischen Fächern mit den Schülern der Regelklassen zusammengefasst. Nach spätestens zwei Schuljahren sollen die Schüler der Sprachlernklassen die Regelklassen besuchen können.

Übergangs- und Eingliederungsklassen – wir haben das schon benannt –: Zugewanderte schulpflichtige Kinder und Jugendliche mit Deutschdefiziten, so genannte Späteinsteiger, erhalten bis zu zwei Jahren in Übergangs- und Eingliederungsklassen vertieften Deutschunterricht. Gegenwärtig werden insgesamt 1638 Schüler in 114 Übergangsklassen und 158 Schüler in 11 Eingliederungsklassen unterrichtet.

Förderkurse und Deutsch als Zweitsprache: Hier werden in über 6566 Gruppen mit – die Zahlen muss man sich vor Augen führen – 56 107 Schülerinnen und Schülern Fördermaßnahmen durchgeführt. Wichtig ist uns: Bei Grund- und Hauptschulen stehen zudem 1500 Förderlehrkräfte zur Sprachförderung und Betreuung zur Verfügung. Begleitende Maßnahmen wurden schon genannt: Mama lernt Deutsch. Nur wenn Eltern sich in der Alltagsrealität bewähren – –

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

– Herr Pfaffmann, auch wenn es die VHS ist, so ist das doch ein Miteinander, und wir müssen das trotzdem auch aus unserem Haushalt fördern, Ich denke, wenn wir das eine schlecht reden, werden wir mit dem anderen – –

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, ich darf Sie auf die Uhr aufmerksam machen.

Reserl Sem (CSU): Danke schön, Frau Präsidentin. – Ich möchte mit einem Satz schließen: Für uns ist es eine Aufgabe, niemanden auszugrenzen. Unser Bildungssystem ist sicher auf einem guten Weg, aber zur Durchsetzung einer absoluten Gerechtigkeit rufe ich uns alle auf. Dabei ist dann jeder von uns gefordert.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Strobl.

Reinhold Strobl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst zu Ihnen, Herr Kollege Waschler, Sie sagen immer, die SPD würde ihre uralte Platte abspielen.

(Lachen bei der CSU)

Ich verstehe jetzt nicht Ihre Unruhe. Ich möchte Ihnen nur sagen: Ihre uralte Platte kennen wir bereits. Ihre Platte hat zum Thema: Wir sind die Besten, wir sind die Weltmeister usw. Man muss ganz offen sagen: Der Bildungsbericht zeigt die Schwachpunkte Ihrer Bildungspolitik.

Ich persönlich bin nicht jemand, der alles kritisiert. Ich sage Ihnen aber: Hier in Bayern könnte vieles besser sein. Daran müssen wir arbeiten. Mich nervt, dass vonseiten der Regierung und der CSU auf die vorgebrachte Kritik nicht eingegangen wird. Sie sind nicht bereit, Kritik und Anregungen aufzunehmen. Sie sind auch nicht bereit, die Betroffenen als Beteiligte einzubeziehen. Ich fordere Sie auf: Nehmen Sie diese Kritikpunkte auf. Lassen Sie uns gemeinsam an Lösungen arbeiten!

Eigentlich wollte ich jetzt etwas zu Herrn Kollegen Stahl sagen, aber der ist schon wieder unterwegs. Er verfolgt die Debatte offenbar sehr eingehend. Herr Kollege Stahl hat gesagt, die Hauptschule sei eine Angebotsschule. Dem muss ich entgegenhalten: Die Hauptschule mag eine Angebotsschule sein, aber dieses Angebot wird es bei uns bald nicht mehr geben, wenn Sie weiterhin eine

Teilhauptschule nach der anderen auflösen. Sie haben sogar schon Hauptschulen geschlossen, auch wenn das immer wieder abgeleugnet wird. Das Angebot der Hauptschule wird es bald in weiten Teilen unseres Landes Bayern nicht mehr geben.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss noch etwas zu Herrn Kollegen Stahl sagen, auch wenn er im Moment nicht da ist. Ich würde mir wünschen, dass die Kolleginnen und Kollegen von der CSU nicht immer nur schwarz-weiß denken würden. Sie sollten auch Phantasie entfalten nach dem Motto „kein Denkverbot“, einem Motto, das Kultusminister Schneider ausgeben hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sorge und Verantwortung für die Bildung und Erziehung der nächsten Generation, also unserer Kinder und Jugendlichen, gehört zu den vornehmsten Aufgaben einer Gesellschaft. So steht es im Bildungsbericht, der uns in der letzten Woche vorgelegt wurde. In der täglichen Praxis habe ich nicht immer den Eindruck, dass dies in Bayern so gesehen wird. Die Staatsregierung war in den letzten 15 Jahren nicht in der Lage, die gravierenden Ungerechtigkeiten des bayerischen Bildungssystems aufzulösen. Sie war auch nicht in der Lage, die Bildungspotenziale in den verschiedenen Regionen zu heben.

(Walter Nadler (CSU): Nennen Sie ein Beispiel!)

– Schauen Sie doch in den Bildungsbericht! Dort sind Beispiele aufgeführt. Ich muss Ihnen doch nicht alles vortragen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Lesen, nicht reden! – Walter Nadler (CSU): Nennen Sie doch etwas Konkretes!)

– Im Bildungsbericht sind diese Punkte aufgeführt. Ich kann Ihnen natürlich auch eine Stunde lang aus dem Bildungsbericht alle Kritikpunkte vorlesen. Dieser Bildungsbericht wurde von Ihrer Staatsregierung zusammengetragen.

Auffallend ist zum Beispiel der Unterschied beim Schulabschluss der Hauptschulabgänger in Landkreisen und in kreisfreien Städten. In den Landkreisen gehen 8 % der Schulabgänger mit erfüllter Vollzeitschulpflicht ohne Abschluss von der Hauptschule ab. In den 25 kreisfreien Städten Bayerns sind es dagegen 15 %. Auffallend ist auch, dass der Anteil dieser Jugendlichen umso höher ausfällt, je höher die Jugendarbeitslosigkeit in dem jeweiligen Landkreis ist. Die Schulen in den ländlichen Regionen sind es wert, gefördert zu werden. Sie dürfen nicht nur konzentriert oder geschlossen werden.

Zu denken gibt, dass die Bandbreiten bei den Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss von 3 % im Landkreis Tirschenreuth bis zu 23 % in der kreisfreien Stadt Kempten reichen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier dürfen wir nicht tatenlos zusehen. Im Schuljahr 2003/2004 beendeten 5585 Schüler ihre Schullaufbahn an der Hauptschule, ohne einen Hauptschulabschluss erworben

zu haben. Das entspricht 9,7 % der Abgänger von der Hauptschule oder 4 % der bayerischen Bevölkerung in der entsprechenden Altersgruppe.

Der Bildungsbericht macht deutlich – das ist heute schon gesagt worden –, dass die Bildungschancen vom Wohnort, von der sozialen Herkunft, von der Bildung der Eltern, vom Geldbeutel der Eltern, von einem Migrationshintergrund und vom Vorhandensein eines Förderbedarfs abhängen. In der letzten Zeit wenden sich immer wieder Eltern an uns, vor allem Eltern, deren Kinder die Förderschule besuchen. Die Kolleginnen und Kollegen der CSU sagen: Wir in Bayern sind überall Spitze. Ich frage mich, warum wir dann so viele Petitionen bekommen. Die Tagesordnung des Bildungsausschusses ist voll von solchen Petitionen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, würden Sie bitte einen Blick auf die Uhr werfen.

Reinhold Strobl (SPD): Seit der Einführung der R 6 gibt es viele zusätzliche Probleme. Ich möchte zum Abschluss Ihren Freund Lothar Späth zitieren. Er hat vor einiger Zeit im „Handelsblatt“ etwas geschrieben, was auf Bayern voll passt. Von vorausschauenden Konzepten könne keine Rede sein; man müsse kein Prophet sein, um allein anhand dieser wenigen Zahlen vorauszusehen, dass eine kurzfristige Sparsamkeit des Staates Probleme produziere, die er später nicht zu finanzieren wisse. Gefragt seien massive strukturelle Veränderungen, weg von einem Bildungssystem, das zu stark darauf ausgerichtet sei, überdurchschnittliche Schüler von unterdurchschnittlichen zu trennen, hin zu einem System, das individuelle Schwächen ausgleiche und Talente fördere.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ich darf nun Frau Kollegin Dodell das Wort erteilen.

Renate Dodell (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Weichen für den Bildungserfolg eines Kindes oder eines jungen Menschen werden sehr früh gestellt, eigentlich schon ab der Geburt. Die Wissenschaftler sagen uns, dass ausschlaggebend dafür die Bindungsqualität zwischen den Eltern und den Kindern ist. So ist es durchaus möglich, dass das normal begabte Kind einer 17-jährigen allein erziehenden Mutter in einem schwierigen sozialen Milieu, aber bei einer guten Bindungsqualität alle Potenziale entfalten kann, während das hochbegabte Kind einer spät gebärenden Akademikerin aus bestem Hause bei einer nicht stimmigen Bindung sein Potenzial nicht nutzen kann.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Deswegen selektieren Sie die Kinder nach Schularten!)

Deshalb ist es wichtig, dass wir zunächst alle Eltern in ihrer Erziehungskompetenz stärken.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen allen Eltern dabei helfen, ihren Kindern mit der Erziehung Orientierung geben zu können. Wir müssen den Eltern helfen, ihren Kindern Werte zu vermitteln und ihre neugierigen und kindlichen Fragen zu beantworten. Die Kinder brauchen die Möglichkeit, ihre Kreativität zu entfalten. Schädlicher und zu hoher Fernsehkonsum soll deshalb eingeschränkt werden.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sie helfen den Eltern mit Büchergeld und Studiengebühren!)

Alle diese Faktoren sind dafür entscheidend, dass die frühkindliche Bildung tatsächlich auf fruchtbaren Boden fällt. Was Eltern versäumen, kann die Schule oft nicht mehr aufholen. Deshalb ist die erste und wichtigste Maßnahme, die wir konsequent ergreifen müssen, die Unterstützung der Eltern bei der Erziehung und damit die Forcierung der Elternbildung.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wie denn?)

99 % aller Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren besuchen heute einen Kindergarten oder eine Kindertagesstätte. Hier haben wir die größte Chance, alle Kinder zu fördern. Bayern war das erste Bundesland, das den Bildungsanspruch in der Kinderbetreuung gesetzlich verankert hat. Der Bayerische Erziehungs- und Bildungsplan ist heute ein Markenzeichen, das andere Länder übernommen haben. Die Bildung von Vorschulkindern bedeutet nicht, dass diese Kinder eine Einführung in die geistigen Tiefen von Goethe oder in die Relativitätstheorie erhalten. Vielmehr geht es darum, wichtige Erkenntnisse aus der Entwicklungspsychologie, der Elementarpädagogik und der Hirnforschung in die Praxis umzusetzen, ohne der Schule vorzugreifen.

(Johann Werner-Muggendorfer (SPD): Schön wär's!)

Die Kindheit ist die lernintensivste und für den Spracherwerb bedeutsamste Phase. Kinder sind enorm wissbegierig. Mit dem Bildungs- und Erziehungsplan ist deshalb beabsichtigt, diese Phase pädagogisch sinnvoll zu nutzen. Die Kinder sollen über das Spielen aus der Alltagssituation heraus lernen. Das ist der beste Weg, um Bildungschancen für alle zu nutzen. Das ist die beste Grundlage für Bildungsgerechtigkeit.

Die Wissenschaftler sagen uns, dass die Lernfenster zwischen zwei und acht Jahren offen sind und optimal genutzt werden müssen. Deswegen muss sich auch in den Köpfen mancher Eltern etwas ändern. Ich höre immer wieder – bezogen auf die frühere Einschulung –, dass Eltern das nicht wollen. Sie wollen ihrem Kind noch ein Jahr schenken. Das Kind soll in diesem Jahr spielen dürfen. Ich glaube deshalb, dass wir ein innovatives Denken und eine Beratung der Eltern brauchen. Wir müssen den Kindern in diesen offenen Lernfenstern mit gezieltem Spielen eine frühe Bildung ermöglichen.

Konsequenterweise ist es hier sinnvoll, dass Kindergarten und Schule besser zusammenarbeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beschäftigen uns intensiv mit diesem Thema und machen daraus kein Dogma. Wir wissen aber, dass wir handeln und auch noch intensiver handeln müssen, weil Elternbildung und frühkindliche Bildung die wichtigsten Voraussetzungen dafür sind, dass ein junger Mensch seine Potenziale und über die Schule seine Leistungen und sein Leben entfalten und gut meistern kann. Deshalb wäre es auch klug und sinnvoll, darüber nachzudenken – das tun wir auch –, dass ein Teil der infolge des Rückgangs der Schülerzahlen eingesparten Bildungsmilliarde, worüber jetzt überall diskutiert wird, ganz gezielt für die Elternbildung und für die frühkindliche Bildung mit hoher Qualität sowie für mehr Ganztagsbetreuung ausgegeben wird. Damit eröffnen wir die besten Chancen für alle Kinder.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Dr. Strohmayer.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bildungsungerechtigkeit fängt in Bayern mit der frühkindlichen Bildung an, nämlich im Kindergarten.

(Beifall bei der SPD – Renate Dodell (CSU): Eben nicht!)

Frau Dodell, ich habe festgestellt, dass Sie das auch so verstanden haben. Sie haben davon gesprochen, dass die Weichen sehr früh gestellt werden müssen.

(Joachim Herrmann (CSU): Und das fängt schon vor dem Kindergarten an!)

8 % der Kinder gehen nicht in den Kindergarten.

(Renate Dodell (CSU): Wie viel?)

Der größte Teil dieser 8 % kommt aus Familien nichtdeutscher Herkunft oder aus sozial schwierigen Verhältnissen. Das sind aber genau die Kinder, die eigentlich die Förderung im Kindergarten bräuchten.

(Beifall bei der SPD)

Obwohl es Ihnen bekannt ist, dass die frühkindliche Bildung und Erziehung so besonders wichtig sind, setzen Sie die frühkindliche Bildung immer wieder nur halbherzig um.

(Renate Dodell (CSU): Stimmt doch nicht!)

Der letzte Akt in diesem Theaterstück ist die Änderung des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen. Darin haben Sie festgelegt, dass zukünftig Spracherhebungen durchgeführt werden sollen. Das ist gut. Es ist auch gut, dass die Kinder, die nicht richtig deutsch sprechen können, Vorkurse besuchen sollen. Die Spracherhebung bei den 8 % Kindern, die keinen Kinder-

garten besuchen, in der Schule durchzuführen, ist aber viel zu spät. Wir fordern deshalb seit langem, dass das letzte Kindergartenjahr kostenfrei und verpflichtend ist. Das ist die Lösung.

(Beifall bei der SPD – Renate Dodell (CSU): Das macht es auch nicht besser!)

Frau Dodell, Sie sprechen von gezieltem Spielen und von Lernfenstern. Erfüllen Sie doch unsere Forderungen. Machen Sie das letzte Kindergartenjahr kostenfrei und verpflichtend!

(Beifall bei der SPD – Renate Dodell (CSU): Das hat nichts mit Qualität zu tun!)

– Das ist richtig, Frau Dodell; das alleine hat noch nichts mit Qualität zu tun. Die Qualität der Sprachkurse ist wichtig – schön, dass Sie das auch erkannt haben. Leider haben Sie aber die Qualität in Ihrem Gesetz nicht festgeschrieben. Im Kindergarten sollen die Sprachkurse in die allgemeine Gruppenarbeit integriert werden. Ich frage Sie, wie eine Kindergärtnerin ohne Zusatzausbildung in einer Gruppe mit 25 Kindern Sprachkurse abhalten soll.

(Beifall bei der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Eine gute Frage! Das ist die bittere Wahrheit!)

Für effektive Sprachlernkurse müssen zuallererst die Erzieherinnen qualifiziert werden. Es darf doch nicht dem Zufall überlassen werden, ob eine Erzieherin eine solche Zusatzqualifikation hat oder nicht.

(Beifall bei der SPD)

Um ein solches Projekt erfolgreich zu machen, brauchen wir eine solide Finanzierung. Sie können die Maßnahmen doch nicht so finanzieren, wie es im Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz vorgesehen ist, dass also nur die Kinder nichtdeutscher Herkunft den Faktor 1,3 bekommen. Anknüpfungspunkt für die Förderung muss doch die Sprachkenntnis des Kindes sein und nicht dessen Herkunft. So werden wir es sicherlich nicht erreichen, dass all die Kinder, die zusätzlichen Förderbedarf haben, letztendlich auch gefördert werden.

Ungelöst ist auch das Problem, dass die eine Hälfte der Vorkurse im Kindergarten und die andere Hälfte in der Schule stattfinden soll. Viele Kindergärten arbeiten mit mehreren Schulen zusammen. Wie soll das in der Praxis realisiert werden? Wer bringt denn die Kinder dann in die Schulen? Sollen das die Erzieherinnen tun? Sollen die Erzieherinnen die Eltern anrufen, dass sie um 11 Uhr ihre Kinder vom Kindergarten abholen und in die Schule bringen sollen? Wie soll denn eine berufstätige Mutter das leisten? – Ich kenne aus der Praxis viele Kinder, die nicht in den Genuss eines Vorkurses kommen, weil sich das organisatorisch einfach nicht realisieren lässt.

Frau Sem, Sie sagten, die Eltern müssten angehalten werden, Deutsch zu lernen. Wo passiert das aber in der Praxis? Ich bin selber in einer Bürgerstiftung, die „Mama

lernt Deutsch“ unterstützt. Dass die Eltern Deutsch lernen, ist eine Ausnahmeerscheinung in Bayern.

Der Ministerpräsident hat aber eine Lösung parat für die Kinder, die nicht Deutsch gelernt haben. Er steckt sie in die Förderschulen und baut diese zu Ausländergettos um. Aussortieren ist das oberste Gebot.

(Beifall bei der SPD)

Das ist aber eine politische Bankrotterklärung, und pädagogisch ist das völlig sinnlos. Sie sparen hier wirklich an der falschen Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem neuen Kindertagesstättengesetz sollen bei gleichen Finanzen mehr Kinder betreut werden. Wie soll so bessere Bildung in den Kindertagesstätten stattfinden? – Auch das bleibt Ihr Geheimnis, Frau Dodell.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das ist doch alles falsch!)

Unsere Umfragen in Kindertagesstätten haben ergeben, dass sich alle unsere Befürchtungen bestätigt haben. Die Einrichtungen stehen mit dem neuen Gesetz unter größerem Druck. Viele Einrichtungen müssen die Gruppen vergrößern, um über die Runden zu kommen. Gerade bei kleinen Kindern ist das Verhältnis zwischen Erzieher und Kind besonders wichtig, um Sprache vermitteln zu können. Gerade hier werden die Gruppen aber oft größer, und das geht zulasten des Bildungsauftrages. Gerade auf dem Land schließen besonders viele Gruppen. Dort wird es zukünftig weniger wohnortnahe Angebote geben. Es wird größere Gruppen geben.

(Renate Dodell (CSU): Wo leben Sie denn?)

Das finden wir auch im Bildungsbericht wieder. Auf dem Land haben die Kinder von Anfang an schlechtere Bildungschancen.

(Zustimmung bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Ihre Zeit ist leider zu Ende.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Wir könnten noch lange zuhören!)

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Frau Dodell, Sie haben vom Markenzeichen „Bildungs- und Erziehungsplan“ gesprochen. Sie schweigen aber all das tot, was das Staatsinstitut für Frühpädagogik als Voraussetzungen zur Umsetzung des Bildungsplanes vorgeschlagen hat. Totschweigen ist also auch eine Art Ihrer Politik. Bayern ist das Land der Bildungsgerechtigkeit, und die fängt bereits im Kindergarten an.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor ich mit der Rednerliste fortfahre, darf ich eine Delegation aus China begrüßen. Sie kommt vom Lehrerfortbildungszentrum Shanghai und Zhejiang. Sie sind an einem Projekt der Bundesrepublik Deutschland und Chinas beteiligt. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Sie sind auf Einladung des Ausschussvorsitzenden Henning Kaul, des Herrn Kollegen Herbert Müller und der Frau Kollegin Ruth Paulig bei uns im Hause. Ich wünsche Ihnen gute Gespräche, einen schönen Aufenthalt und alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Nun darf ich fortfahren. Herr Kollege Dr. Spaenle, bitte.

Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Auch die Aneinanderreihung ideologisch überladener Plattitüden macht es nicht besser, Frau Kollegin Dr. Strohmayer.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Wenn man aus der Mottenkiste nicht herauskommt, macht es auch das lärmende Echo im linken Wald des Hauses nicht besser.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Sie sind doch der Chefideologe!)

– Chef schon – das mag sein, Frau Kollegin –, Ideologe nicht!

Wir sollten uns wieder ernsthaft dem Thema widmen. Ich möchte zwei Punkte ansprechen. Der eine Punkt ist die Integration, der andere ist die Durchlässigkeit des gegliederten Schulwesens.

Wenn wir diese Debatte vor einigen Jahren auf der Basis eines vergleichbaren Berichts zur Lage der Bildung in Bayern geführt hätten, hätten wir wegen der verpflichtend durchzuführenden Sachstandsprognose, wie etwa Deutsch für Kinder mit Migrationshintergrund, und den notwendigen Folgen wilde Aufschreie auf der linken Seite dieses Hauses hervorgerufen.

(Karin Radermacher (SPD): Das behaupten Sie!)

Wir freuen uns, dass Sie in der Wirklichkeit angekommen sind. Die Große Koalition hat ihr Gutes. Mit dem Grundsatzbeschluss des SPD-Bundesvorstandes von voriger Woche ist die SPD auf dem Weg in die Realität. Hier werden Dinge anerkannt und festgeschrieben, die gemeinsam vorangetrieben werden müssen, um – das ist die Verantwortung einer großen Volkspartei, mein Respekt – bei dieser Kernaufgabe Integration unserem Land gerecht zu werden.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Die Notwendigkeit guter Deutschkenntnisse, der möglichst frühen Feststellung der Kenntnisse und der ausdifferenzierten Anwendung aller zur Verfügung stehenden Instrumente, ist – Gott sei Dank, so glaube ich zu erkennen – inzwischen Konsens in der Bildungspolitik in Bayern. Wenn wir die soziale Disparität, verbunden mit der Herkunft aus einem Elternhaus mit Migrationshintergrund, die in Bayern so schwierig ist wie in allen Bundesländern – Kollege Dr. Waschler hat dankenswerterweise darauf hingewiesen –, mit einer derartigen Schülerpopulation in allen anderen Ländern der Republik vergleichen, stellen wir fest, dass die Situation der Kinder mit Migrationshintergrund am Standort Bayern um ein Vielfaches besser ist als an allen anderen Standorten in den Bundesländern der Republik, in denen über lange Zeit Ihre Kolleginnen und Kollegen Verantwortung getragen haben. Hier ist das totale Scheitern ideologisch verblinder Bildungspolitik zu erkennen.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen die Schwächen erkennen und etwas verbessern. Mit der Offensive zur Sprachvermittlung und Sprachkompetenz haben wir in den letzten Jahren auf diese Notwendigkeit reagiert. Wir reagieren vor allem darauf, dass immer mehr Familien mit Migrationshintergrund, die Deutschland ursprünglich als vorübergehenden Aufenthaltsort gewählt hatten, für sich selbst die Entscheidung getroffen haben, Deutschland dauerhaft als Lebensmittelpunkt zu wählen. Dies geschieht in Millionenstärke. Darauf müssen wir reagieren. Die Linke in diesem Land reagiert mit Erschrecken – die SPD – und mit einem Kopf-in-den-Sand-stecken – die GRÜNEN.

(Simone Tolle (GRÜNE): Ha, ha!)

– Ja, beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die Realität erfordert, dass wir Integrationsleistungen anbieten, einfordern und überprüfen müssen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Deshalb kürzen Sie?)

Nur so kann Nachhaltigkeit beim Erwerb der Sprache und der Akzeptanz der Lebensbedingungen und Traditionen in unserem Land erzielt werden.

Nun zur Durchlässigkeit des gegliederten Schulwesens. Die OECD-Zahlen sind trotz ständiger Wiederholung falsch. Die Gesamtzahl derjenigen, die in Bayern den Hochschulzugang erreichen, liegt nicht bei 20 %, sondern bei 30 % plus X. All diejenigen, die über die Fachhochschule, die Berufshochschule oder andere berufliche Wege die Hochschulzugangsberechtigung erwerben, werden in diesen Faktor nicht eingerechnet. Dies muss man genauso oft wiederholen, wie von Ihnen in Abrede gestellt wird, dass wir weit über ein Drittel – mit steigender Tendenz – Schulabgänger aufweisen, welche die entsprechende Hochschulzugangsberechtigung haben. Das entscheidende Moment ist, jedem Kind, jedem

Schüler und jeder Schülerin von jedem Punkt des Bildungssystems aus die ihm gemäßen Durchstiegschancen und den Bewährungsaufstieg zu ermöglichen.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Hildegard Kronawitter (SPD))

Dabei ist die bayerische Schullandschaft mit die erfolgreichste in der gesamten Republik. Bereits ein Drittel der Schüler, mit steigender Tendenz zu 40 %, haben die Hochschulzulassung nicht auf dem klassischen Weg über das Gymnasium erworben. Das ist eine Erfolgsgeschichte, die es voranzutreiben gilt. Die Ausdifferenzierung der Hauptschule, die Fortentwicklung der R 6, die Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe, die stärkere strategische Verzahnung zwischen Universität, Fachhochschulen und den abgebenden Einheiten, insbesondere den Gymnasien neuen Zuschnitts, den Berufsoberschulen und Fachhochschulen sind in dem verabschiedeten Hochschulgesetz und den vorliegenden, morgen zu verabschiedenden Novellen zum Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz vorgesehen, womit ein Grundstock gelegt ist. Hier sind Schulstruktur und das Aufgreifen der Bildungsreserven nahezu optimal gelöst.

(Lachen bei der SPD)

– Dass Ihnen die Willy-Brandt-Gesamtschule in München weh tut, glaube ich gerne. Das ist halt so. Ich kann das nicht ändern.

(Zurufe von der SPD)

Die Nachhaltigkeit des positiven Beispiels der Union wird dafür sorgen, dass Sie sich, wenn Sie bei uns angekommen sind, gut aufgehoben fühlen können.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Staatssekretär Freller. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Karl Freller (Kultusministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich zunächst bei Herrn Pfaffmann, dass er den Bericht gelobt hat. Sie haben gelobt, dass wir wichtige Zahlen unseres Schulwesens veröffentlicht haben. Wir haben das in der Tat getan, weil wir nichts zu verbergen haben, sondern – ganz im Gegenteil – sich Bayern mit seinen Zahlen sehen lassen kann. Wir sind in einer Weise transparent, wie es kein anderes Bundesland ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin gerne bereit, auf Vorwürfe einzugehen, die von Ihrer Seite gekommen sind. Ich möchte zwei, drei Stichworte aufgreifen und einige Aussagen so nicht im Raum stehen lassen.

Erstes Stichwort: Sie haben den Vorwurf erhoben, wir würden nicht genügend tun, um Kinder mit Migrationshintergrund zu integrieren. Wer sich genau informiert, wird sehr schnell sehen, dass in Bayern das Gegenteil der

Fall ist. In Deutschland gibt es kein Land, das sich in den letzten 20 Jahren mit einer derartig großen Intensität, mit so viel Personal und Unterrichtsstunden bemüht hat, ausländische Kinder in das einheimische Schulsystem zu integrieren.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir haben an den Schulen zum Teil schwierige Situationen. Bei mir im Nürnberger Süden gibt es – Kollege Imhof kann das bestätigen – die Schule an der Wiesenstraße mit Kindern aus 34 Nationen. Der Schulleiter hat all die Länderfahnen in die Aula gehängt. Dort sieht es aus wie bei Eröffnung der Fußballweltmeisterschaft oder bei den Olympischen Spielen. Die Lehrkräfte dort bringen jeden Tag ungeheuer viel Kraft auf, um die Kinder zu integrieren. Sie tun es mit Erfolg, und sie tun es gerne. Ich möchte hier an dieser Stelle all den Lehrkräften danken, die sich um die Integration unserer ausländischen Schülerinnen und Schüler bemühen.

(Beifall bei der CSU)

Ich würde mir wünschen, dass zu den großen Talkshows, wo es um die Integration in Deutschland geht, künftig auch ein Hauptschullehrer eingeladen wird, der dort sagen kann, was auf ihn zukommt, wenn Kinder aus verschiedenen Kulturkreisen in eine Klasse kommen. Ich würde mir wünschen, dass auch Sie die Diskussion intensiv führen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Geben Sie ihnen mehr Lehrer!)

– Auf Ihre Aufforderung „Geben Sie ihnen mehr Lehrer“ will ich gerne entgegenen.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Ich glaube, Sie kennen die Zahlen nicht. Ich habe alle Zahlen vorliegen.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Steiger (SPD))

Sie versuchen, aus den Berichten die Zahlen herauszusuchen, von denen Sie glauben, dass Sie uns damit kritisieren können. Nehmen Sie die Zahlen aus dem Ländervergleich, die besagen, dass Bayern besser ist als all die von Ihnen regierten Länder. Das würde ich mir wünschen. Alleine, was wir in Bayern investieren – –

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Immer dieselbe Platte!)

– Herr Pfaffmann, seien Sie mir nicht böse, aber langsam bin ich es leid, auf Sie einzugehen. Ich gebe Ihrem Parteivorsitzenden Stiegler ungerne Recht. Aber in einem Punkt hat er wirklich Recht, nämlich als er im Herbst letzten Jahres Herrn Pfaffmann als einen notorischen Nörgler bezeichnete.

(Beifall bei der CSU)

Sie sind mir nicht böse, aber hier hat Herr Stiegler Recht. Ich hätte das nicht gesagt, wenn Sie nicht wieder dazwischen gerufen hätten.

(Susann Biedefeld (SPD): Schauen Sie sich mal Ihre Fraktion an, was die über den Ministerpräsidenten reden!)

Lassen Sie mich berichten, was wir allein für die Fördermaßnahmen „Deutsch“ an den Grundschulen eingesetzt haben.

(Susann Biedefeld (SPD): Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!)

Wir haben fast 400 Lehrkräfte nur für die Fördermaßnahmen „Deutsch“ an den Grundschulen eingesetzt. An den Hauptschulen sind es noch einmal 270 Lehrkräfte. Das ist eine Leistung, die ihresgleichen sucht.

Sie haben vorhin so abfällig über Pisa gesprochen. Ihnen passt nicht, dass wir bei Pisa gut abgeschnitten haben. Ihnen passt nicht, dass wir, wenn Bayern eine eigene Nation wäre, an fünfter Stelle der Weltrangliste bei den Schulleistungen wären. Noch zwei Zahlen passen Ihnen nicht. Die wollen Sie überhaupt nicht hören. In der Gruppe der Fünfzehnjährigen hat Bayern den kleinsten Anteil an besonders schwachen Schülern. Das heißt, dass wir in Bayern mehr als alle anderen Länder tun, um zu verhindern, dass Kinder aus bildungsfernen Schichten abfallen und schwächere Leistungen zeigen.

Ich zitiere aus dem Pisa-Bericht und bitte Sie, sich das auf der Zunge zergehen zu lassen oder das bei Gelegenheit im Protokoll nachzulesen und dann gelb anzustreichen: Schüler mit Migrationshintergrund erreichen in Bayern das höchste Leistungsniveau unter allen 16 deutschen Ländern. Dies gilt für alle bei Pisa untersuchten Kompetenzbereiche: Mathematik 486 Punkte, Lesen 477 Punkte, Naturwissenschaften 481 Punkte. Diese Werte – es geht um Kinder mit Migrationshintergrund – übertreffen die Gesamtergebnisse der Kinder – also auch die Ergebnisse der deutschen Kinder – der Länder Hamburg und Bremen in Mathematik, der Länder Mecklenburg-Vorpommern und Bremen im Lesen und der Kinder des Landes Bremen in Naturwissenschaften. Das heißt, bei uns haben die Kinder mit Migrationshintergrund bessere Ergebnisse als die Gesamtheit der Kinder in Ländern, die von Ihnen regiert werden. Ich möchte, dass auch das endlich einmal zur Kenntnis genommen wird.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das widerspricht Ihrem eigenen Bildungsbericht!)

Nun noch kurz zur Übertrittsquote. Sie, Frau Pranghofer, haben vorhin die Übertrittsquote als Messlatte für die Leistungsfähigkeit einer Schule bezeichnet. Das ist eine Abwertung der Leistung, die unsere Lehrkräfte an schwierigen Standorten in Bayern erbringen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Sie machen die Übertrittsquote zum Maßstab der Leistung einer Schule und der dort unterrichtenden Lehrer. Eine Schule mit einem schwierigen Hintergrund, in der bildungsferne Familien den Kindern oft nicht den nötigen Rückhalt geben und in der folglich die Übertrittsquote geringer ist, ist damit in Ihren Augen eine schlechte Schule. Das ist eine harte Kritik an den Lehrern, die dort unterrichten. Doch gerade diese Lehrer gehören zu den fleißigsten.

(Beifall bei der CSU)

Zu einem weiteren Stichwort: Ich habe es langsam satt, dass die Qualität der Bildung in einem Land an der Übertrittsquote bzw. an der Abiturientenquote gemessen wird. Ich freue mich über jedes Kind, das die Fähigkeit hat, das Abitur zu schaffen, und den Weg zum Abitur bewältigt. Es gibt aber deutsche Länder, die nach der Pisa-Studie an 23. Stelle der Weltrangliste stehen und die eine Abiturientenquote zwischen 50 und 60 % haben.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Die studieren in Bayern!)

Diese Quote ist fast doppelt so hoch wie in Bayern. Die wollen Sie als Maßstab nehmen. Sie qualifizieren alle Menschen in diesem Lande ab, die kein Abitur haben.

(Beifall bei der CSU)

Das ist es, was mich ärgert. Wenn Sie die Qualität eines Bildungssystems nur an der Abiturientenquote messen, dann sagen Sie automatisch, dass die Absolventen mit Mittlerer Reife, dem Quali oder dem normalen Hauptschulabschluss der Gesellschaft weniger bringen. Wir in Bayern haben einen anderen Weg eingeschlagen. Wir haben auch die berufliche Bildung gestärkt und über sie den Weg zur Reifeprüfung geebnet. 42 % kommen über diesen Weg zur Hochschulreife. Aber das ist für mich nicht der entscheidende Punkt. Wir wissen, dass die Eliten eines Landes sehr wohl von Studierenden gebildet werden können, sie werden aber auch von Handwerkern oder anderen Berufen gebildet.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie das nicht glauben, dann betrachten Sie doch den Zusammenhang zwischen der Wirtschaft und dem Schulsystem. Bayern hat ein hervorragendes Schulsystem und verfügt über die besten Wirtschaftsdaten. Das möge man bitte zur Kenntnis nehmen. Wir werden sehr wohl Verbesserungen, wo sie nötig sind, vornehmen, aber wir lassen uns nicht die Leistungen unseres bayerischen Bildungssystems absprechen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Die nächste Wortmeldung kommt von Staatsminister Dr. Goppel. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Thomas Goppel (Wissenschaftsministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und

Kollegen! Wenn man 32 Jahre in diesem Hohen Hause sitzen durfte und vom ersten bis zum letzten Tage der Bildungspolitik sein Ohr geliehen hat, dann hat man eine ganze Menge mitbekommen; die kann man dann ganz gut beurteilen. 36 Jahre habe ich mich der Schule verschrieben. Daher kenne ich diesen Bereich ganz gut. Damals habe ich für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen studiert. Das ging damals noch. Ich bin daher ein Lehrer aus der Gruppe, die heute besonders im Feuer steht. Deswegen habe ich mich zu Wort gemeldet. Ich bitte um Nachsicht dafür, dass ich mich von der Regierungsbank aus gemeldet habe.

Es wurde an diesem Nachmittag mehrmals davon geredet, dass die CSU immer dieselbe Platte auflege, Bayern sei Weltmeister. Erstens. Ich kenne diesen Titel nur aus Ihren Zitaten. Ich selber habe ihn nie gebraucht, andere auch nicht. Ich stelle jedoch fest: Die Ergebnisse, die bei Pisa und anderen Berichten entgegen den Erwartungen des Rests der Welt herausgekommen sind, belegen eine solche These, und das finden wir gut. Das ist unser gutes Recht.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Sie legen eine Gegenplatte auf und propagieren ein System, das im Ergebnis schlechtere Leistungen bei Schülern hervorruft. Die Belege unterstreichen das. Wo Sie und Ihr System regieren, sind die Leistungen der jungen Damen und Herren schlechter. Das ist gut so, weil wir damit den Beleg haben, dass wir ganz gut liegen und Sie umlernen müssten.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Der Bildungsbericht des Kollegen Schneider – ich bin ihm dafür genauso dankbar wie Sie, auch für die Öffnung nach außen – belegt, dass die Bereitschaft in Bayern sehr groß ist, im Erwachsenenalter zu lernen und damit den Erfordernissen der heutigen Zeit zu entsprechen. Dort, wo sich Wissen in viereinhalb Jahren verdoppelt, ist es notwendig, das Bildungssystem umzustellen. Die Bereitschaft des Kollegen Schneider, sich deutlich für eine Umstellung auszusprechen, sollten Sie nicht dazu nutzen, alte Kamellen hervorzukramen. Vielmehr sollten Sie mit uns zusammen einen konstruktiven Weg in die Zukunft suchen. Darum bitte ich Sie.

(Beifall bei der CSU)

Viertens. Wir wissen, dass in unserem Land etwa 40 % der jungen Leute die Hochschulreife haben. Wir wissen auch, dass nicht alle an die Hochschule gehen. Viel wichtiger ist aber, dass in Bayern rund 30 % eines Schülerjahrgangs an die Hochschule gehen und 30 % diese mit einem Abschluss verlassen. Wir wissen auch, dass in den anderen Bundesländern 40 % eines Schülerjahrgangs an die Hochschule gehen, aber ebenfalls nur 30 % einen Abschluss machen. Wer verliert denn da unterwegs einen Haufen Leute auf der Strecke? – Das sind doch wohl die Länder, die ein anderes System haben als das, das Bayern anwendet. Wir liegen also nicht falsch. Die Frage ist, wo wir Ergänzungen vornehmen müssen.

Fünftens. Ich stelle fest, dass in allen deutschen Schulsystemen, egal ob die Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, bei uns in Bayern oder anderswo sind, 20 % eines Jahrgangs heute ohne eine gute Zukunftsaussicht sind. Das gilt für alle 16 Länder. Wenn man nachschaut, dann stellt man fest, dass es unterschiedliche Niveaus gibt. Über die müssen wir gemeinsam reden. Alles andere ist verlorene Zeit. Wenn wir uns im Parlament darüber unterhalten, ob in der einen Schule oder in einer anderen einer zuviel oder einer zu wenig den Abschluss macht, ist das Unfug. Lasst uns über die 20 % reden, die heute keine Zukunftsaussichten haben, weil wir falsch an die Dinge herangehen.

(Beifall bei der CSU)

Nach meiner Überzeugung machen Sie, Herr Pfaffmann, einen Riesenfehler, wenn Sie darauf bestehen, dass es statt der 80 % 81 % sein müssen. Sie müssen vielmehr mit mir dafür sorgen, dass wir die 20 % fördern, damit das Gesamtniveau steigt. Ob am Ende 1 % oder 2 % an der einen oder anderen Schulart dazukommen oder nicht, ist unwichtig. Das ist auch nicht die Aufgabe des Parlaments. Das ist die Aufgabe der Eltern, der Erzieher und der Lehrer. Die müssen sich um die Kinder kümmern und feststellen, wo sie hingehören. Wenn wir merken, dass wir mehr brauchen, dann tun wir etwas dafür, und wenn wir weniger brauchen, dann tun wir etwas weniger.

Jetzt komme ich zur Frage des optimalen Einsatzes. Es wurde darüber diskutiert, ob wir Teilhauptschulen einrichten sollen oder nicht. Wenn in einem Teil Klassen mit 12 Kindern an der Tagesordnung sind und in größeren Städten und verdichteten Räumen Klassen mit 30 Kindern, dann muss ich im Interesse einer vernünftigen Aufteilung von Lehrkräften sehen, wie man das optimieren kann. Ob der Weg der richtige ist, werden wir in den nächsten Jahren sehen. Unseren Weg aber generell als grenzenlose Frechheit und Unverschämtheit gegenüber wem auch immer abzulehnen, nur weil die Gemeinden die Schulen nicht abfinanziert haben, ist eine völlige Verdrehung der Fakten. Wir reden über Pädagogik und über nichts anderes.

Damit komme ich zum Schluss. Fünf Minuten sind gleich um. Ich will Ihnen nur sagen: Meine Absicht ist es, die nächsten Jahre zu nutzen. Wir haben die Hochschulen umgestellt, wir sind bei Bachelor und Master, bei den Lehrern noch nicht ganz. Es wird sich zeigen, wie wir uns zusammenraufen. Diese Rauferei muss sein. Wir sind in der Diskussion über die Umstellung der Hochschulen und wollen erreichen, dass die Studenten schneller fertig werden. Wir wollen sicherstellen, dass sie bei guten Professoren ein bisschen dichter dran sind, und wir müssen die Lehrerbildung ändern; denn diejenigen, die auf die Kinder losgelassen werden, brauchen Zeit für sie,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Machen Sie es halt!)

und diese Zeit kann ich nicht dadurch schalten, dass ich nur generell immer darüber rede, wie die Inhalte aussehen, sondern dadurch, dass ich mit ihnen darüber rede, wie die Didaktik und Methodik funktionieren; denn

sie müssen den Stoff rüberbringen. Das Wissen allein können wir auch im Fernsehen nachschauen.

Sie reden an der Sache völlig vorbei. Ihr Verständnis von Schule heute ist völlig vergessenswert, hat nicht die Kinder zum Ziel, sondern Ihre Ideologie – und das muss weg.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Damit, Kolleginnen und Kollegen, ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 a auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
Bayerisches Gesetz zur nachhaltigen Entwicklung
der Agrarwirtschaft und des ländlichen Raumes
(Bayerisches Agrarwirtschaftsgesetz – BayAgrarWiG)
(Drs. 15/6052)
– Erste Lesung –**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Ich darf hierfür Herrn Staatsminister Miller das Wort erteilen.

Staatsminister Josef Miller (Landwirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 10. Juli dieses Jahres hat der Bayerische Ministerrat den Entwurf des Bayerischen Gesetzes zur nachhaltigen Entwicklung der Agrarwirtschaft und des ländlichen Raumes, BayAgrarWiG, beschlossen. Die Gründe für die Novellierung des seit 1974 geltenden Landwirtschaftsförderungsgesetzes, dessen grundlegende Ziele fortgeschrieben sind, lauten:

Erstens, die fortschreitende Globalisierung und Liberalisierung der Agrarmärkte, die natürlich Auswirkungen auf unsere Landwirtschaft haben; zweitens, die entkoppelten Beihilfen und die neuen Strategien der Europäischen Union nach der GAP-Reform, die neue Förderungsart, die neue Bewertung der Landwirtschaft; drittens, die zeitgemäße Neudefinition staatlicher Aufgaben und die Zusammenarbeit mit den bäuerlichen Organisationen aufgrund der Verwaltungsreform; viertens, die Definition einer eigenständigen bayerischen Agrarpolitik aufgrund des künftig weltweiten Wettbewerbs; schließlich fünftens, der politische Auftrag des Landtags vom 17. März 2004.

Was sind nun die Ziele des Gesetzes? – Erstens. Bayern liefert mit dem Agrarwirtschaftsgesetz eine Antwort auf die fortschreitende Liberalisierung der Agrarmärkte. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen keine Brasilianisierung unserer bayerischen Landwirtschaft, sondern wir wollen weiterhin eine bäuerliche Landwirtschaft erhalten.

(Beifall des Abgeordneten Eduard Nöth (CSU))

Zweitens. Wir legen mit dem neuen Gesetz ein klares Bekenntnis ab zu einer multifunktionalen und nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft.

Drittens. Bayern sorgt mit dem neuen Agrarwirtschaftsgesetz für einen verlässlichen und zukunftsorientierten Rahmen, der die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationskraft der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft als Rückgrat des ländlichen Raumes erhält und nachhaltig verbessert.

Viertens. Unter dem Motto „Mehr Unternehmertum, weniger Bürokratie“ setzt die Staatsregierung mit dem Gesetzentwurf ein deutliches Signal für Bayern, für den, wie wir seit geraumer Zeit wissen, Agrarstandort Nummer eins in Deutschland, auch was den Beitrag zur Wertschöpfung der Landwirtschaft in der Bundesrepublik betrifft

Fünftens. Das bayerische Agrarwirtschaftsgesetz bildet die Grundlage für die Erschließung neuer Einkommensfelder, vor allem bei der Erzeugung und Verwertung nachwachsender Rohstoffe – ein Thema, das seit geraumer Zeit enorm an Bedeutung gewonnen hat. Inzwischen hat sich auch der amerikanische Präsident Bush für nachwachsende Rohstoffe ausgesprochen, und die Energiepreise sind bereits auf fast 80 Dollar pro Barrell Öl angestiegen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das bietet neue Perspektiven für unsere Landwirtschaft, und diese wollen wir genauso nutzen wie die Möglichkeiten, die sich im Dienstleistungsbereich ergeben.

Was ist nun neu im Bayerischen Agrarwirtschaftsgesetz? – Vom Landwirtschaftsförderungsgesetz unterscheidet sich das Bayerische Agrarwirtschaftsgesetz durch folgende sechs wesentliche Merkmale:

Erstens, es ist ein Rahmengesetz. Nähere Einzelheiten werden in Richtlinien, in Programmen und Verträgen festgelegt. Wir haben also mehr Flexibilität, was in der heutigen Zeit wichtig ist.

Zweitens, die Änderung des Fördersystems, anstelle einer institutionellen Förderung künftige Projektförderung, damit auch ein stärkerer Leistungsbezug.

Drittens, das ist etwas, wovon wir alle reden, Verwaltungsvereinfachung, Anwendung von Pauschalsätzen bei der Förderung, Vereinfachung des Anerkennungsverfahrens, Rückführung staatlicher Aufsicht. Ich würde das zusammenfassen mit Entbürokratisierung.

Viertens, Fördermöglichkeit neuer Tätigkeitsfelder. Ich habe die nachwachsenden Rohstoffe und die Dienstleistungen schon angesprochen, aber auch die Förderung von Vermarktungsinitiativen. Ich würde das unter Innovationsförderung subsumieren.

Fünftens, Beratung der Landwirte, neben der staatlichen Beratung der Aufbau eines Verbundes mit anerkannten nichtstaatlichen Anbietern. Unter dem Stichwort Verbundberatung möchte ich das abhandeln.

Sechstens, die Stärkung des ländlichen Raumes und der Erhalt einer hohen Lebensqualität durch eine wettbewerbsfähige, nachhaltige und flächendeckende Landbewirtschaftung, was heute schon in vielen europäischen Ländern nicht mehr gegeben ist, wo sich die Menschen

zu Recht darüber Sorgen machen, was aus dem Land wird, wenn es verbuscht und verwaldet ist.

Hinzu kommen die Sicherung solider Wirtschaftskraft und die Schaffung von Arbeitsplätzen insbesondere im ländlichen Raum durch Erschließung und Aufbau neuer Produktions- und Einkommensmöglichkeiten, was besonders die Bäuerinnen aufgegriffen haben und was ausgebaut werden muss. Diversifizierung ist hier das Stichwort.

Was sind die wesentlichen Inhalte des Bayerischen Agrarwirtschaftsgesetzes? – Dieses Gesetz wurde intensiv beraten. In der Verbandsanhörung wurden über 30 Verbände angehört, die sich gemeldet hatten, und die breite Mehrheit der Verbände hat diesen Entwurf voll akzeptiert; denn er sorgt für zukunftsorientierte Rahmenbedingungen, für eine wettbewerbsfähige und innovationsfreundliche Agrarwirtschaft.

Als wesentliche Inhalte möchte ich hervorheben: Das sind eigenständige bayerische Leitgedanken zur Agrarpolitik, wie wir das schon in der Vergangenheit gehabt haben und womit wir auch deutsche und europäische Agrarpolitik geprägt haben, insbesondere zur Stärkung des ländlichen Raumes und des Unternehmertums in der Landwirtschaft. Sie erweitern die Grundlagen dieses Gesetzes. Im Gesetzentwurf werden die Sicherung der Tiergesundheit sowie die Qualität und die Sicherheit der Nahrungsmittel als wesentliche Ziele noch deutlicher herausgestellt. Das war im bisherigen Landwirtschaftsförderungsgesetz nicht enthalten.

Wichtig ist auch die Planungssicherheit für die Selbsthilfeeinrichtungen, die noch einmal erheblich verbessert wurden durch längerfristige Fördermöglichkeiten. Brüche bei der Novellierung des Gesetzes werden weitgehend vermieden.

Zentrale Maßnahmen von besonderem staatlichem Interesse, die mit Rechtsanspruch gefördert werden können: Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt kein derartiges Gesetz in anderen Ländern, schon gar keines mit Rechtsanspruch. Dieser Rechtsanspruch wurde konkretisiert. Das gilt für den Wissens- und Informationstransfer, für die Qualitätssicherung und Sicherung der Tiergesundheit. Die Quersubventionierungen wurden ausgeschlossen und damit die Bedenken der Wirtschaft, dass es zur Wettbewerbsverzerrung kommt, ausgeräumt.

Die Tätigkeitsfelder der Bildungszentren „Ländlicher Raum“, die wir fördern, insbesondere die Landvolkshochschulen und die Landjugendorganisationen, haben wir im Rahmen der Zielvorgaben des Gesetzentwurfs auf den gesamten ländlichen Raum ausgeweitet. Wir wollen, dass sich diese werteorientierte Fortbildung und die Arbeit der Landjugendgruppen auf den gesamten ländlichen Raum beziehen und nicht nur auf die Landwirtschaft beschränkt sind. Die Kostenfreiheit der staatlichen Beratung und den Ausbau der Verbundberatung haben wir in diesem Gesetz verankert. Die Fördermöglichkeit der Beratung von Waldbesitzern durch forstwirtschaftliche

Zusammenschlüsse haben wir in das Gesetz aufgenommen.

Mit diesem Agrarwirtschaftsgesetz eröffnen wir unseren Landwirten Zukunftschancen. Wir erschließen zusätzliche Einkommensmöglichkeiten und verbessern ihre Wettbewerbsfähigkeit; denn eines muss uns klar sein: Von der Arbeit der Land- und Forstwirte profitieren nicht nur diese selber. Der Berufsstand, der Lebensmittel erzeugt und Lebensraum gestaltet, hat wesentlichen Einfluss auf unsere Lebensqualität. Fußballkaiser Beckenbauer hat gesagt, beim Flug zwischen den Stadien habe er feststellen müssen, wie herrlich die Landschaft sei. Ich bin felsenfest davon überzeugt: Da muss er über Bayern geflogen sein.

(Beifall bei der CSU)

Dieses Agrarwirtschaftsgesetz ist eine hervorragende Grundlage zur Sicherung des Agrarstandortes Bayern und für den Erhalt vitaler ländlicher Räume. Es steht fest: Kein anderes Bundesland hat etwas Vergleichbares für seine Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sowie für den ländlichen Raum aufzuweisen. Wir legen damit ein eindeutiges Bekenntnis zum Agrarstandort Bayern ab. Damit haben wir ein zeitgemäßes und unverwechselbares Markenzeichen bayerischer Agrarpolitik geschaffen. Dadurch erhält unsere Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft als wirtschaftlich, landeskulturell und gesellschaftlich bedeutender Sektor im ländlichen Raum eine zukunftsorientierte Perspektive.

Ich wünsche der Beratung im Bayerischen Landtag viel Erfolg.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Vom Ältestenrat wurden pro Fraktion fünf Minuten vereinbart. Frau Kollegin Lück, Sie sind schon bereit, bitte schön.

Heidi Lück (SPD): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Herr Minister Miller, die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich sind wir uns in vielen Dingen, die Sie gesagt haben, einig. Natürlich ist die bäuerliche Landwirtschaft in Bayern das, was wir erhalten wollen. Aber allein schon in Ihrer Rede sind Widersprüche aufgetaucht. Seit 1974, als das Landwirtschaftsförderungsgesetz, das Lwfög, geschrieben wurde, haben sich die Rahmenbedingungen sowohl national als auch international geändert. Aber ob deswegen ein völlig neues Gesetz geschrieben werden muss, wage ich zu bezweifeln. Ich bin mir allerdings der Mehrheiten in diesem Hause und der Auffassung der Staatsregierung bewusst. Deswegen glaube ich, dass Sie unsere Meinung wenig beeindruckt.

Auch dieses Gesetz soll zumindest im Landtag möglichst schnell durchgezogen werden, wie es neuerdings in

Bayern üblich ist. Man könnte auch sagen, dass wir im Landtag die Verzögerungen, die im Ministerrat entstanden sind, sozusagen einholen sollen. Das zeigt aber auch, dass hinter dem Gesetz offensichtlich mehr Probleme stecken, als Sie hier eingestehen wollen. Das war eine schwere Geburt.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben deshalb – oder trotzdem – vor dem offiziellen Einbringen heute in den Bayerischen Landtag, im Übrigen in Übereinstimmung mit der Geschäftsordnung, unseren Dringlichkeitsantrag auf Anhörung eingebracht, weil wir wiederum mit Ihnen darin einig sind, für die Betroffenen so schnell wie möglich Sicherheit zu schaffen. Das können wir aber nur, wenn wir nach der Sommerpause die Beratungen zügig fortsetzen. Durch die Beratungen mit den Betroffenen wollen wir ein Gesetz erreichen, das dem Titel entspricht, ein Gesetz zur nachhaltigen Entwicklung der Agrarwirtschaft und des ländlichen Raumes, das nicht zu einem weiteren Einsparmodell auf dem Rücken derer wird, die derzeit hart kämpfen müssen und die bereits überproportional zur Kasse gebeten worden sind, nämlich die Bauern und ihre Selbsthilfeeinrichtungen.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Im Gesetzentwurf heißt es unter „D) Kosten“, Einsparungen sind zu realisieren. Das kann auf mehrere Arten passieren. Zum Beispiel wird eine Verlagerung der kostenneutralen Beratung sozusagen in die Verbundberatung für diejenigen, die sich beraten lassen, nämlich unsere Bauern, kostenträchtig. Wenn Institutionen künftig auf die Projektförderung verwiesen werden, wird dies nicht nur zu erheblich mehr Bürokratie führen, Herr Minister, nicht zu Bürokratieabbau, höchstens bei den Beamten. Aber bei denjenigen, die diese Förderung beantragen, wird sie zu erheblich mehr Bürokratie und zu massiver Unsicherheit darüber führen, ob man Geld bekommt, und wenn ja, wie viel Geld man letztendlich bekommt, mit verheerenden Auswirkungen auch auf das Personal, das praktisch nur von Projekt zu Projekt eingestellt werden kann.

Das steht für meine Begriffe dem Anspruch einer nachhaltigen Entwicklung diametral entgegen. Ich höre mir Ihre Signale zur Stärkung des ländlichen Raums und Ihre Aussagen an, wie wichtig der ländliche Raum sei. Wer aber den Haushalt ansieht, stellt fest: Dies widerspricht sich. Der ländliche Raum wird zwar immer wieder gelobt. Es werden auch Wettbewerbe ausgeschrieben, aber die Gelder werden massiv zusammengestrichen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch darüber müssen wir uns eingehend unterhalten. Sie fordern ein Rahmengesetz und wollen zum Abbau von Bürokratie die weiteren Regelungen in Richtlinien, Programme und Erträge fassen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Damit hat das Parlament dann nichts zu tun!)

Das bedeutet, wir sind außen vor. Es ist nicht sinnvoll, dass wir uns für einen derart wichtigen Bereich das Heft aus der Hand nehmen lassen. Darüber werden wir uns bei den Beratungen im Ausschuss sehr eingehend unterhalten, nachdem wir auch die Verbände nochmals angehört haben. Im Gegensatz zu Ihnen habe ich von den Verbänden sehr viel Protest und überhaupt keine Zustimmung bekommen; denn die Unsicherheit ist sehr groß.

Ich hoffe und freue mich auf konstruktive Beratungen; denn wir haben schon mehrfach gezeigt, dass wir aus einer weit gefassten Vorlage gemeinsam etwas Sinnvolles basteln können.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ich darf nun das Wort Herrn Kollegen Brunner erteilen. Herr Kollege Brunner hat das Wort, es lohnt sich zuzuhören.

Helmut Brunner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Lück hat des Öfteren in der Presse verlauten lassen, sie wisse nicht, warum wir ein neues Gesetz machten. Aber ich denke, der Minister hat eindrucksvoll die Begründung, den Sinn, den Zweck und das Selbstverständnis erklärt. Ich brauche nicht näher darauf einzugehen. Im Übrigen, Frau Lück, ist es kein völlig neues Gesetz. Wir bauen auf dem auf, was sich bisher bewährt hat. Wir erneuern und entwickeln weiter, wie es die Rahmenbedingungen und die veränderte Situation erfordern. Wir haben die Verbände und die Betroffenen bereits in die Vorberatungen eingebunden.

Das Agrarwirtschaftsgesetz ist kein Spargesetz. Das ist besonders erwähnenswert, weil die Staatsregierung und die CSU-Fraktion mutig und zukunftsweisend die neuen Rahmenbedingungen in einer Zeit vorlegen, in der die EU und der Bund kürzen. Wir bekennen uns uneingeschränkt zur Verantwortung für die Berufsstände der Landwirtschaft und den ländlichen Raum. Wir werden die Möglichkeit nicht dazu nutzen, hier Gelder einzusparen. Vielmehr ist sich Bayern seiner besonderen Verantwortung gegenüber dem ländlichen Raum bewusst.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Lück, 1970 wurde das Landwirtschaftsförderungsgesetz als Antwort auf die damalige EU-Agrarpolitik von Sizzo Mansholt gemacht mit dem Ziel, auch in Zukunft möglichst vielen Landwirten und Bäuerinnen und Bauern die Möglichkeit zu erhalten, ihren Betrieb, egal in welcher Form – Voll-, Zu- oder Nebenerwerbsbetrieb –, weiter zu bewirtschaften. Das ist eindrucksvoll gelungen. Mansholt hat vorausgesagt, dass wir im Jahr 2000 nur noch 25- bis 30 000 Betriebe haben werden. Aber weit über 130 000 Betriebe hatten wir zu diesem Zeitpunkt. Der bayerische Weg hat sich also eindrucksvoll bewährt.

Aufbauend auf diesen Erfahrungen wollen wir das Gesetz jetzt aber nicht Landwirtschaftsförderungsgesetz, sondern ganz bewusst Agrarwirtschaftsgesetz nennen, weil wir unterstreichen wollen, dass Landwirtschaft insbesondere auch mit Wirtschaft etwas zu tun hat, zum Beispiel

mit der Produktion von Nahrungsmitteln, letzten Endes auch mit der Sicherung von Arbeitsplätzen. Uns geht es in Zukunft nicht nur um die flächendeckende Landbewirtschaftung, sondern auch darum, dass wir konkurrenzfähige landwirtschaftliche Betriebe erhalten, die sich auf dem Markt behaupten können. Funktionalität und Attraktivität des ländlichen Raums müssen sichergestellt werden. Auch wollen wir in Zukunft den Strukturwandel begrenzen und sozial begleiten.

Frau Lück, Sie haben vorhin davon gesprochen, das Gesetz sei ein Rahmengesetz, sodass Einzelheiten logischerweise in Ausführungsbestimmungen und Richtlinien festzulegen seien. Das ist vernünftig und sinnvoll. In einem Rahmengesetz kann man selbstverständlich nicht alle Details festlegen. Im Übrigen würden wir uns da eigentlich binden, wodurch die Flexibilität nicht sichergestellt wäre. Wir müssen auf neue Herausforderungen doch auch reagieren können. Vor zehn Jahren war die Förderung nachwachsender Rohstoffe nicht so ein Thema wie heute. Möglicherweise werden in fünf oder zehn Jahren wieder andere Schwerpunkte gesetzt. Da wollen wir reagieren können. Das liegt im Interesse auch der Betroffenen. Das Agrarwirtschaftsgesetz ist also ein Rahmengesetz nicht nur für einen Berufsstand, sondern für den gesamten ländlichen Raum.

Förderprogramme sind notwendig. Aber das Wichtigste ist aus meiner Sicht die Hilfe zur Selbsthilfe. Da müssen wir die Landwirte unterstützen. Dazu trägt dieses Rahmengesetz bei.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind uns einig: Die Bedeutung der Landwirtschaft wird oftmals im eigenen Land unterschätzt. Der Produktionswert liegt mittlerweile bei 9 Milliarden Euro. Mit einem Anteil von 20,4 % am Produktionswert der Bundesrepublik Deutschland steht Bayern hier an erster Stelle. Dass wir im vor- und nachgelagerten Bereich und im gesamten Agrarbereich 11 % der Erwerbstätigen aufweisen, ist eine Erfolgsgeschichte. Da heute noch 330 000 Beschäftigte als Voll- oder Teilzeitkräfte in der Landwirtschaft arbeiten, ist die Landwirtschaft auch aus dieser Sicht bedeutungsvoll.

Wir werden auf Wunsch der Opposition selbstverständlich schnellstmöglich – nämlich Ende September – eine Anhörung von Experten durchführen. Ich verspreche auch eine verantwortungsbewusste Beratung im Ausschuss. Ich erinnere die SPD dabei an gute alte Traditionen. 1970 hatte die Opposition bei der Verabschiedung des Landwirtschaftsförderungsgesetzes die Zeichen der Zeit erkannt und dem Gesetz einstimmig zugestimmt. Vielleicht können Sie an diese gute Tradition anknüpfen und auch dem neuen Agrarwirtschaftsgesetz Ihre Zustimmung erteilen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ich darf jetzt Herrn Kollegen Sprinkart das Wort erteilen.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wenn die Zeit von der Ankündigung der Gesetzesnovelle bis zu ihrer Einbringung in den Landtag etwas über ihre Qualität aussagen würde, wäre das Agrarwirtschaftsgesetz eindeutig eines von den besten. In einem Bericht vom 29. Juni 2004 kündigten Sie, Herr Staatsminister, die Novellierung für Oktober 2004 an. Auf meine Mündliche Anfrage verschoben Sie diese Änderung auf das Jahr 2005. Jetzt haben wir Mitte 2006.

Ganz im Gegensatz zu der Langsamkeit der Erstellung der Novellierung steht die Eile bei der Verbändeanhörung und bei der Art und Weise, wie das Ganze im Schweinsgalopp durchgezogen werden soll. Für den Termin zur Anhörung der Verbände gab es eine Vorlaufzeit von sage und schreibe vier Tagen. Angesichts der Zeit, die Sie sich bei der Erstellung dieses Gesetzentwurfs gelassen haben, wäre es gut gewesen, wir würden uns auch bei der Beratung hier etwas mehr Zeit lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister Miller, was die Zustimmung zu diesem Gesetz anlangt, so haben wir ganz offensichtlich eine sehr unterschiedliche Wahrnehmung. Der erste Gesetzentwurf wurde zwar nicht von allen, aber von einer breiten Gruppe von Verbänden aus allen Richtungen kritisiert. Selbst der Bauernverband, der die Staatsregierung höchst selten kritisiert, hat an diesem ersten Gesetzentwurf Kritik geübt. Inzwischen haben Sie ja auch an einigen Punkten nachgebessert.

Das Gesetz soll die Antwort auf mehr Wettbewerb in einer globalisierten Welt sein. Günstige Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Bauern sollen geschaffen werden. Von mehr Unternehmertum und weniger Bürokratie ist die Rede, außerdem von wettbewerbsfähigen Landwirten. Da stellt sich die Frage, wie diese Wettbewerbsfähigkeit aussieht.

Schauen wir uns einmal den jüngsten Agrarbericht an. Landwirte mit Betrieben bis zu 30 Hektar – das sind immerhin über 70 % aller bayerischen Bauern – hatten einen Gewinn, der bei 73 % des bayerischen Durchschnitts lag. Vor zwei Jahren lag diese Betriebsgruppe noch bei 85 %. Ganz offensichtlich verlieren diese Betriebe – immerhin handelt es sich bei über 70 % um den mit Abstand größten Anteil – mehr und mehr an Boden bei der Einkommenssicherung. Das sollte uns nachdenklich machen. Es stellt sich die Frage: Versteht das die Staatsregierung unter Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit? Die Milchpreise liegen für diese Betriebe deutlich unter den Vollkosten. Wie will man diese Betriebe wettbewerbsfähig machen? Indem wir sie gnadenlos ins Wachstum schicken oder durch gezielte Förderungen? – Davon habe ich bisher nichts feststellen können.

Oder nehmen wir als drittes Beispiel die Bullenmastbetriebe, bei denen die betriebsbezogenen Beihilfen 110 % des Gewinns ausmachen. Dies heißt auf gut Deutsch nichts anderes, als dass ein Teil der staatlichen Fördermittel zur Deckung des Verlusts herangezogen wird. Sind das die wettbewerbsfähigen Betriebe, von denen Sie

sprechen? – Auf diese Fragen würde ich mir von Ihnen Antworten in der Beratung erhoffen.

Bezeichnend finde ich auch, dass etwas, was in Bayern bisher als nahezu unantastbar galt, nämlich das Nebeneinander von Voll-, Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben im Gesetzentwurf überhaupt nicht mehr vorkommt. Bestenfalls kann man sich vorstellen, dass das unter „Multifunktionalität“ fällt, aber diese Aufteilung und Berücksichtigung sind nicht mehr zu finden. Ganz offensichtlich wurden sie der Wettbewerbsfähigkeit geopfert.

Letztendlich geht es bei dem Gesetzentwurf um nicht mehr und nicht weniger als um Förderung und Beratung. Daher hätten wir auch den alten Namen beibehalten können; das wäre dem Inhalt gerechter geworden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Neu ist, dass die produktionstechnische und betriebswirtschaftliche Beratung nicht mehr staatlich erfolgen soll und – wie Sie im Ausschuss bereits erklärt haben – auf Dauer auch nicht mehr kostenlos sein wird. Das wirft die Frage auf, ob dann derjenige Betrieb, der die Beratung am dringendsten bräuchte, sie noch in Anspruch nimmt.

Schließlich wird mit dem neuen Gesetz von der institutionellen auf die Projektförderung umgestellt. Hier wirft sich folgende Frage auf: Wie schaut es mit der Planungssicherheit für die Betroffenen aus? Sie sprachen hier von „Leistungsbezogenheit“. Heißt das, dass es offene Ausschreibungen geben wird? Wenn ja, wie können die betroffenen Organisationen planen?

Kurz und gut: Dieses Gesetz wirft mehr Fragen auf, als es Antworten gibt, und wir sehen: Der Spruch „Was lange währt, wird endlich gut“ trifft nicht immer zu, ganz sicherlich nicht beim Agrarwirtschaftsgesetz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Um das Wort gebeten hat noch einmal Herr Staatsminister Miller.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Hat er es so schlecht erklärt?)

Staatsminister Josef Miller (Landwirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf den Inhalt der Rednerbeiträge nicht eingehen. Wir werden dazu genügend Zeit bei den Beratungen im Ausschuss haben. Aber einen Punkt möchte ich doch aufgreifen. Herr Kollege Sprinkart, Sie haben so getan, als ob wir dieses Gesetz durchpeitschen wollten. Dafür gibt es überhaupt keinen Anlass.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen es ordentlich beraten und uns ausreichend Zeit nehmen.

Frau Lück hat schon vor langer Zeit angekündigt – lange, bevor der Gesetzentwurf vorlag –, dass sie eine Anhörung beantragen werde. Das hat sie nun getan. Es gibt keinen Grund zur Hektik.

Ich wehre mich dagegen, dass hier der Eindruck in das Land hinausgetragen wird, als wollten wir Gesetze von so grundlegender Bedeutung unter Zeitdruck beraten. Das ist nicht der Fall. Das wollte ich nur noch einmal klargestellt haben. Ich wünsche gute Beratungen im Ausschuss.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Minister, dass nun mit Ihrer Unterstützung so nachhaltig im Parlament beraten werden kann.

(Allgemeine Heiterkeit)

Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Damit ist das so beschlossen.

Kolleginnen und Kollegen, bevor ich die Sitzung schließe, erlaube ich mir, noch den Tagesordnungspunkt 7 aufzurufen:

Abstimmung über Anträge etc., die gemäß § 59 Absatz 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlage mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

(siehe Anlage)

Die Sitzung ist geschlossen. Nun lädt Herr Landtagspräsident zu einem wunderschönen Abend nach Schleißheim ein. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend.

(Schluss: 17.25 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 20. Juni 2006 (Vf. 9-VII-06) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 2 der Satzung zur Regelung des Hochschulauswahlverfahrens gem. § 32 Abs. 3 Nr. 3 des Hochschulrahmengesetzes an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) vom 13. Mai 2005
 PII2/G-1310/06-8
 Drs. 15/6099 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 Einrichtung einer Zentralstelle zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs
 Drs. 15/3160, 15/5913 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Gudrun Peters, Dr. Hildgard Kronawitter, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD
 Mehr Monitoring in Bayerns Tourismuswirtschaft
 Drs. 15/3321, 15/6088 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Gudrun Peters, Dr. Hildgard Kronawitter, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD
 Anhörung zur Tourismuswirtschaft
 Drs. 15/3324, 15/6089 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Franz Maget, Hermann Memmel, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD
 Reduzierten Mehrwertsteuersatz in Höhe von 7% einführen
 Drs. 15/4595, 15/6096 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	A

6. Antrag der Abgeordneten Karin Pranghofer, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
 Berufsausbildungsmarkt
 Drs. 15/4611, 15/5904 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Karin Pranghofer, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
 Jahrgangstest
 Drs. 15/4732, 15/6063 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Berichterstattung über Maßnahmen der Staatsregierung zur Erhöhung der Abiturienten- und Abiturientinnenquote
Drs. 15/4736, 15/6065 (E)
- | | | | |
|--|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | Z | Z |
9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Aktion "Sozialer Tag" an allen bayerischen Schulen bekannt machen
Drs. 15/4737, 15/6080 (E)
- | | | | |
|--|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | Z | Z |
10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bericht über die Bedeutung der Erwachsenenbildung
Drs. 15/4851, 15/6081 (E)
- | | | | |
|--|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | Z | Z |
11. Antrag der Abgeordneten Bärbel Narnhammer, Franz Schindler, Florian Ritter u.a. SPD
"Verantwortungsvoller Umgang mit Vorratsdatenspeicherung"
Drs. 15/4993, 15/6084 (A)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen | CSU | SPD | GRÜ |
| | A | Z | A |
12. Antrag der Abgeordneten Heinrich Traublinger, Franz Josef Pschierer u.a. CSU
Erneute Änderung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Kreditinstitute (MaRisk) im Rahmen der Umsetzung von Basel II in nationales Recht
Drs. 15/4999, 15/6074 (E)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | Z | Z |
13. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Dr. Thomas Beyer, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
- EU-Ziel 2-Mittel 2006 nutzen, u.a. für Strukturprobleme in Nürnberg/Fürth
Drs. 15/5000, 15/6073 (A)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie | CSU | SPD | GRÜ |
| | A | Z | Z |
14. Antrag der Abgeordneten Berthold Rüth, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU
Deutsch auf bayerischen Schulhöfen
Drs. 15/5109, 15/6082 (G)
- | | | | |
|--|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | A | A |
15. Antrag der Abgeordneten Franz Josef Pschierer, Philipp Graf von und zu Lerchenfeld u.a. CSU
Überprüfung der Rahmenbedingungen für die Förderung von Windenergieanlagen
Drs. 15/5114, 15/6111 (G)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | A | A |
16. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wahrung der Menschenrechte in der Pflege 1: Kampagne "Fixierungsfreies Bayern"
Drs. 15/5224, 15/6075 (A)
- | | | | |
|--|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik | CSU | SPD | GRÜ |
| | A | ENTH | Z |
17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wahrung der Menschenrechte in der Pflege 2: Fortbildungsverpflichtung für Pflegekräfte
Drs. 15/5225, 15/6076 (A)
- | | | | |
|--|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik | CSU | SPD | GRÜ |
| | A | Z | Z |
18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wahrung der Menschenrechte in der Pflege 3: Erkennen von Misshandlungen in der Pflege
Drs. 15/5226, 15/6077 (A)
- | | | | |
|--|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik | CSU | SPD | GRÜ |
| | A | A | Z |

19. Antrag der Abgeordneten Heinrich Traublinger u.a. CSU
Qualitätsoffensive für hochwertige Nahrungsmittel
Drs. 15/5235, 15/6113 (ENTH) [X]
- Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten**
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|------|
| | Z | Z | ENTH |
20. Antrag der Abgeordneten Max Weichenrieder, Prof. Dr. Jürgen Vocke, Helmut Brunner u.a. CSU
Umsetzung der Agrarreform: Flexible Handhabung der Pflege von Flächen, die aus der Erzeugung genommen bzw. nach EU-Bestimmungen stillgelegt werden
Drs. 15/5236, 15/6106 (ENTH)
- Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|------|------|
| | Z | ENTH | ENTH |
21. Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Stefan Schuster, Reinhold Strobl u.a. SPD
Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter in Bayern (Bayerisches Sonderzahlungsgesetz - BaySZG); hier: Zahlung einer jährlichen Sonderzahlung über das Kalenderjahr 2006 hinaus
Drs. 15/5243, 15/6056 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |
22. Antrag der Abgeordneten Dr. Hildegard Kronawitter, Dr. Thomas Beyer, Gudrun Peters u.a. SPD
Datenautobahnen auch im ländlichen Raum
Drs. 15/5244, 15/6072 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |
23. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bericht zur Situation der Hausärzte und zur Zukunft der hausärztlichen Versorgung
Drs. 15/5264, 15/6107 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |
24. Antrag der Abgeordneten Georg Eisenreich, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Joachim Unterländer u.a. CSU
Berücksichtigung der Kinderbetreuung bei Versetzungswünschen
Drs. 15/5316, 15/5905 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |
25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Region Augsburg nicht vom Fernverkehr abkoppeln
Drs. 15/5341, 15/6071 (ENTH)
- Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |
26. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Keine Übertragung von Aufgaben der Nachlaßgerichte auf die Notare
Drs. 15/5345, 15/6085 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | A | Z | Z |
27. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kein RFID-Chip im Personalausweis, kein Verkauf digital gespeicherter Daten in Personalausweisen an die Privatwirtschaft
Drs. 15/5355, 15/6086 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|------|-----|
| | A | ENTH | Z |
28. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und anerkannter Vereine vereinfachen - Öffentlichkeit besser informieren
Drs. 15/5402, 15/6070 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | A | Z | Z |
29. Antrag der Abgeordneten Henning Kaul, Dr. Jakob Kreidl u.a. CSU
Mehr Verkehrssicherheit an Bushaltestellen
Drs. 15/5408, 15/6110 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |

30. Antrag der Abgeordneten Henning Kaul u.a. CSU
Erleichterungen für Behinderte
Drs. 15/5417, 15/6115 (G) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO:

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

	CSU	SPD	GRÜ
	Z	A	Z

31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umweltinformationsgesetz
Drs. 15/5419, 15/5785 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Joachim Wahnschaffe, Kathrin Sonnenholzner, Christa Steiger u.a. SPD
Keine Absenkung der Fachkraftquote für die Bereiche Altenhilfe und Behindertenhilfe in Bayern
Drs. 15/5478, 15/6078 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik

	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Reinhold Strobl, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. und Fraktion SPD
Schulleitungen von Volks- und Förderschulen entlasten
Angebote zur Führungsqualifikation von Schulleiterinnen und -leitern verstärken
Drs. 15/5479, 15/6083 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport

	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Josef Pschierer, Eberhard Rotter, Johannes Hintersberger u.a. CSU
Fernverkehrsanbindung Schwabens nach Inbetriebnahme der ICE-Neubaustrecke München - Ingolstadt - Nürnberg
Drs. 15/5480, 15/6069 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Willi Leichtle, Herbert Müller u.a. und Fraktion SPD
Fernverkehrsanbindung Schwabens nach Inbetriebnahme der ICE-Neubaustrecke München - Ingolstadt - Nürnberg
Drs. 15/5485, 15/6068 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u.a. und Fraktion SPD
Dramatische Unterversorgung mit Lehrerinnen und Lehrern an Bayerns Schulen - Sonderprogramm für pädagogisches Personal für Bayerns Schulen unausweichlich
Drs. 15/5552, 15/5912 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Keine Aufweichung der Fachkraftquote
Drs. 15/5553, 15/5907 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik

	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

38. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Joachim Herrmann, Renate Dodell, Joachim Unterländer u.a. und Fraktion CSU
Fachkraftquote erhalten - Flexibilisierung ermöglichen
Drs. 15/5556, 15/5908 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik

	CSU	SPD	GRÜ
	Z	A	A

39. Antrag der Abgeordneten Franz Josef Pschierer u.a. CSU
Schaffung einer außeruniversitären Forschungseinrichtung auf dem Informatik-Sektor zur Sicherstellung des Wissenstransfers zwischen Wissenschaft und Industrie
Drs. 15/5558, 15/6103 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO:

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

40. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Christine Stahl u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Strafverfolgungspraxis im Bereich des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG)
Drs. 15/5621, 15/6087 (A)

Votum des federführenden

<p>Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen</p>	CSU SPD GRÜ A Z Z	<p>45. Antrag der Abgeordneten Manfred Ach, Franz Josef Pschierer, Eberhard Rotter u.a. CSU Rechtzeitiger Ausbau der S 8 zwischen Pasing und Buchenau Drs. 15/5774, 15/6066 (E)</p>
<p>41. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Bärbel Narnhammer, Florian Ritter u.a. SPD Familiengerichtliches Verfahren Drs. 15/5622, 15/6114 (E)</p>	<p>Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen</p>	CSU SPD GRÜ Z Z Z
<p>42. Antrag der Abgeordneten Joachim Herrmann, Alfons Zeller, Thomas Kreuzer u.a. CSU Mehrwertsteuer für Bergbahnen Drs. 15/5632, 15/6098 (G)</p>	<p>Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen</p>	CSU SPD GRÜ Z Z A
<p>43. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Josef Pschierer, Eberhard Rotter u.a. und Fraktion CSU Anbindung des Allgäus und Schwabens an den Schienenpersonenfernverkehr in Nürnberg Drs. 15/5633, 15/6067 (E)</p>	<p>Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie</p>	CSU SPD GRÜ Z Z Z
<p>44. Antrag der Abgeordneten Alfons Zeller, Prof. Ursula Männle u.a. CSU Europäische Transparenzinitiative Drs. 15/5682, 15/6120 (E)</p>	<p>Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europa-angelegenheiten</p>	CSU SPD GRÜ Z Z Z
		<p>Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie</p>
		CSU SPD GRÜ Z Z Z
		<p>46. Antrag der Abgeordneten Peter Weinhofer, Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger u.a. CSU Vereinbarung zwischen Landtag und Staatsregierung über die Unterrichtung des Landtags durch die Staatsregierung Drs. 15/6057, 15/6095 (E)</p>
		<p>Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen</p>
		CSU SPD GRÜ Z Z Z
		<p>47. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rasche Realisierung der Flughafenanbindung per Bahn Neufahrner Kurve - Erdinger Ringschluss - Walperts-kirchner Spange Drs. 15/5534, 15/6112 (E) [X]</p>
		<p>Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen</p>
		CSU SPD GRÜ Z Z Z

